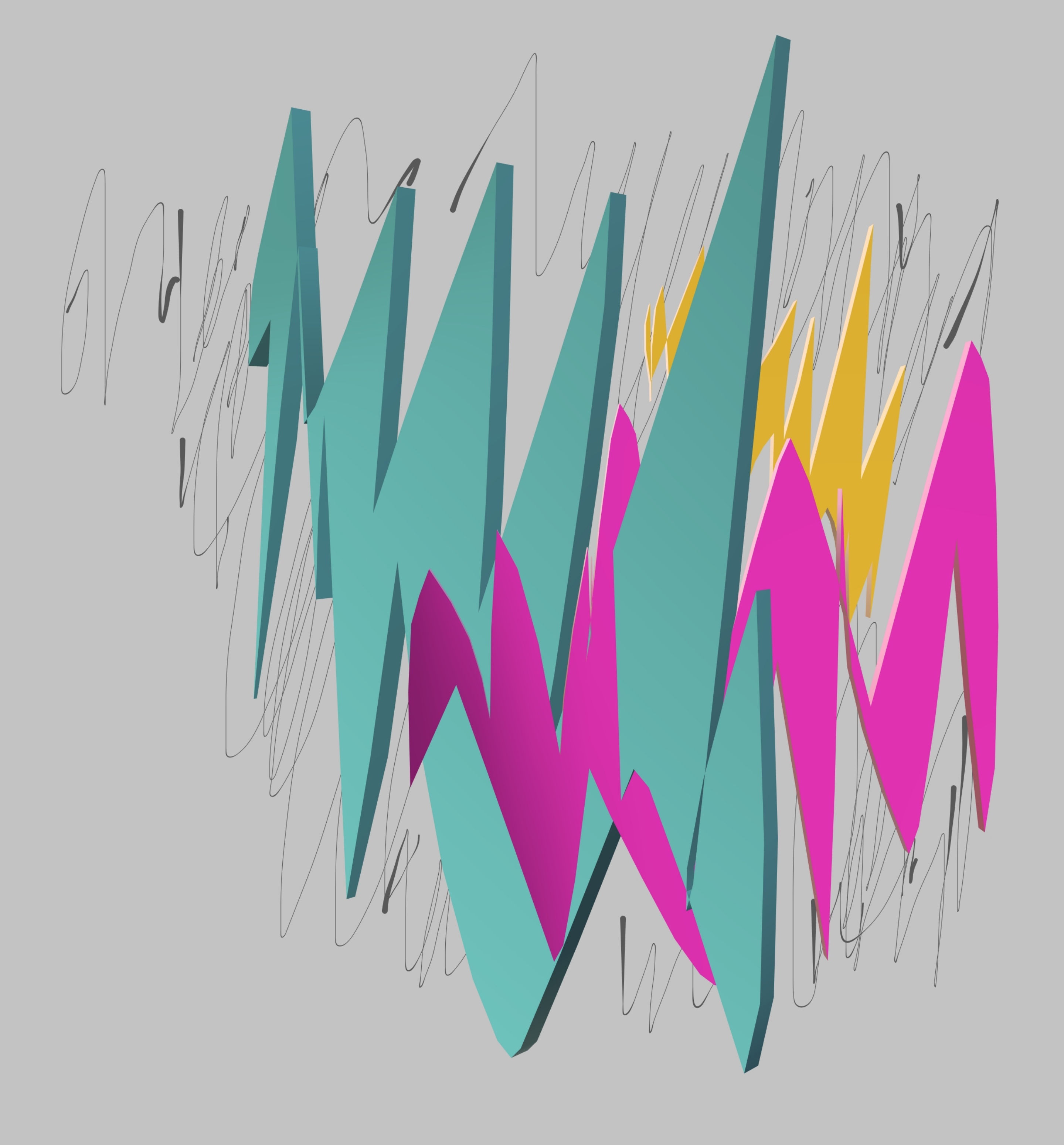
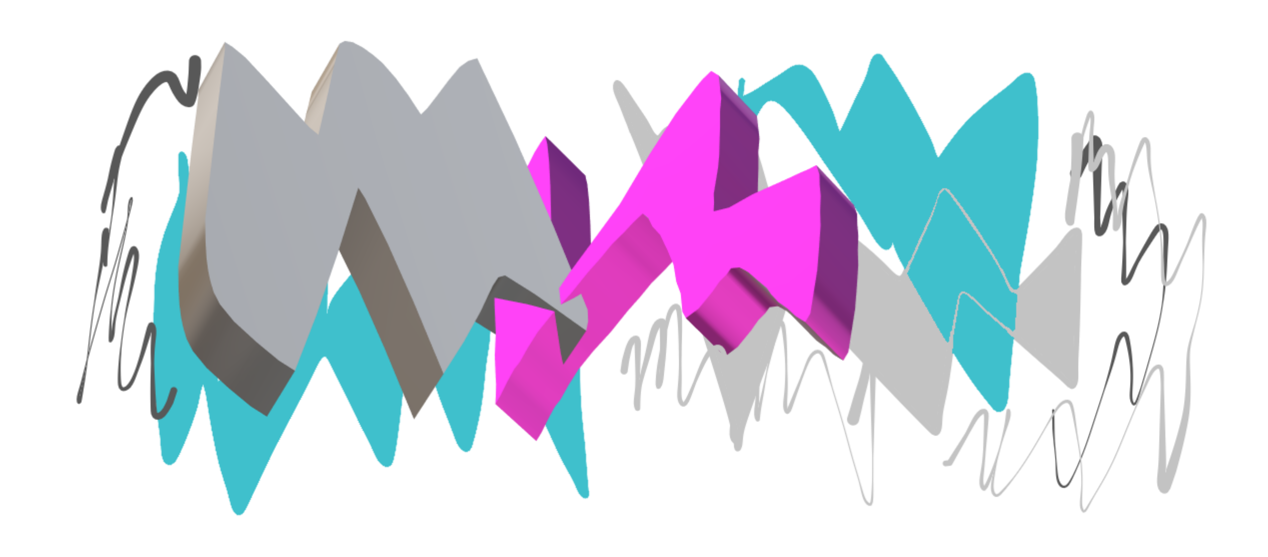


Capitalism doesn‘t care?

Kritik an Reproduktion und Geschlecht im Kapitalismus

Capitalism doesn’t care?

Kritik an Reproduktion und Geschlecht im Kapitalismus





risse im falschen film

riff@riseup.net

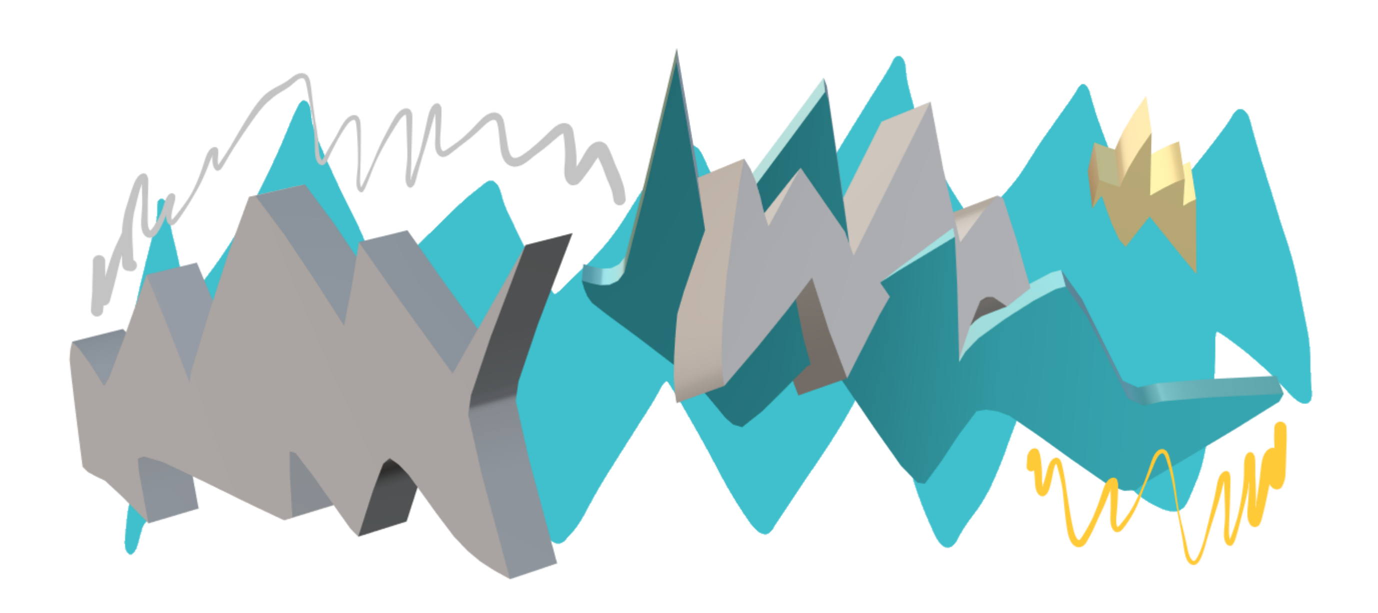
https://riffhb.wordpress.com

Liebe Leser*innen,

Diese Broschüre geht der Frage nach, warum Care-Arbeit[1] in dieser Gesellschaft so prekär ist. Es geht also um die Bedingungen, unter denen Menschen im Kapitalismus für sich und andere sorgen, warum sich das meist so schwierig gestaltet, wie Care im Verhältnis zur Produktion, zu staatlichen Interessen und der Bevölkerungspolitik steht und welche Rolle Geschlecht und Familie dabei spielen.

Dabei setzen wir uns auch mit anderen Texten zum Thema Care auseinander, die wir als Teil einer ‚Care-Bewegung' bezeichnen würden. Care-Arbeit ist in den letzten Jahren in Deutschland zunehmend wieder in den linken und akademischen Fokus geraten. Ausgehend von der Feststellung einer Krise wird zu einer Transformation der Art und Weise, wie Care-Arbeit organisiert wird, oder von Teilen auch zu einer ‚Care Revolution' aufgerufen. Während wir zahlreiche Punkte der Care-Bewegung teilen, haben wir an einigen Stellen Diskussionsbedarf. Daher beziehen wir uns in unseren Erklärungen immer wieder auf verschiedene Texte, die uns aussagekräftig für die Care-Bewegung im deutschsprachigen Raum erscheinen, und gehen am Ende der Kapitel näher auf Punkte ein, die wir problematisieren würden.

riff



1 Die Begriffe Care-Arbeit und Reproduktions-Arbeit verwenden wir in der Broschüre synonym.

Einleitung

Von Care als Begriff gibt es viele unterschiedliche Auffassungen und Definitionen.

Kurzgefasst verstehen wir Care-Arbeit als Sorgetätigkeiten, die die Entwicklung, Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von intellektuellen, körperlichen und emotionalen Fähigkeiten der eigenen Person oder anderer Personen unterstützen. Beispiele sind: schlafen, essen, putzen, kochen, Menschen pflegen, betreuen, erziehen, mit Medikamenten versorgen, sich ausruhen, in die Sauna gehen, Sport machen, Kinder betreuen und erziehen, zur Ärzt*in gehen. Die Tätigkeiten können unterschiedlich organisiert bzw. unbezahlt oder bezahlt als Lohnarbeit für andere ausgeführt werden. In letzterem Fall sprechen wir vom Care-Sektor (z.B. ambulanter Pflegedienst, Physiotherapeut*in, Ärzt*in, Reinigungskraft oder Fitnesstrainer*in).[2]

Festhalten lässt sich, dass Care ein sehr breiter Begriff ist. Er umfasst Tätigkeiten, die emotional und sorgend sind und Empathie verlangen (wie zuhören, trösten, pflegen). Gleichzeitig gehören auch viele Tätigkeiten dazu, die eher oder ausschließlich technisch sind (wie putzen oder kochen) und in den allermeisten Fällen sind auch Zeitmanagement, finanzielle Planung, Kalkulationen oder schnelle Entscheidungen verlangt. Viele Arbeiten erfordern insbesondere körperliche Stärke (z.B. Menschen heben, Rolli transportieren).

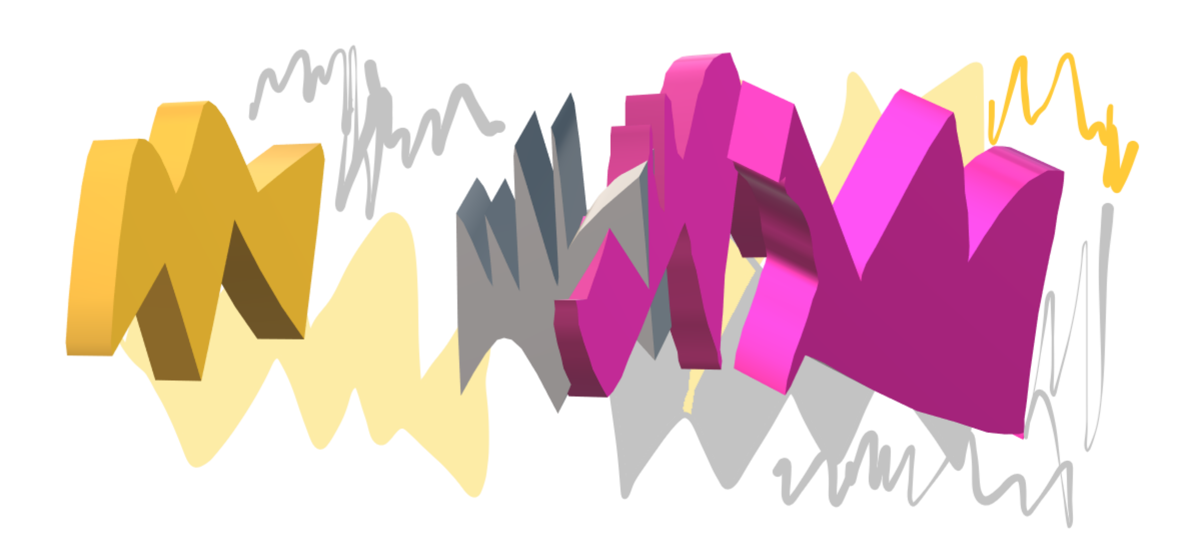
In den Care-Sektor fallen teilweise sehr unterschiedliche Berufe, die unterschiedlich entlohnt werden, die verschieden bewertet und in verschiedenen Hierarchien zueinander stehen (kochen im Schnellrestaurant vs. 5-Sterne-Hotel; Oberärzt*in vs. Pflege).

Diese Beispiele sollen zeigen, dass anhand der konkreten Tätigkeiten und der Arbeitsinhalte kaum eine systematische Bestimmung von Care-Arbeit bzw. des Care-Sektors möglich ist. Was die Care-Tätigkeiten miteinander verbindet, wird jedoch in einem größeren Zusammenhang deutlich – nämlich an ihrer Rolle und Funktion in der Ökonomie und deren staatlicher Verwaltung. Das ist, was all die Care-Tätigkeiten eint und soll in dieser Broschüre im Fokus stehen.

Care-Arbeit steht im direkten Zusammenhang mit den ökonomischen Strukturen und deren staatlicher Einrichtung und Verwaltung. Das muss in der Kritik an den schlechten Arbeitsbedingungen und bei der Frage, wie diese Arbeiten geschlechtsspezifisch verteilt sind, berücksichtigt werden. Im Folgenden wollen wir Schritt für Schritt aufdröseln, was mit Ökonomie und Staat gemeint ist und wer-

2 Mit dem Care-Sektor beschäftigen wir uns in dieser Broschüre nicht tiefergehend. Es geht uns um eine Bestimmung von Care-Arbeit im Allgemeinen, worin bezahlte, profitwirtschaftlich organisierte Care-Arbeit natürlich immer eine Rolle spielt. Die Bedingungen und Auseinandersetzungen in diesem Arbeitsbereich werden jedoch nicht gesondert betrachtet.

den immer wieder auf entsprechende Textstellen der Care-Bewegung eingehen. Dabei beziehen wir uns vor allem auf fünf Texte, da wir sie für aussagekräftig und beispielhaft halten: Das Buch „Krise der sozialen Reproduktion" des trouble everyday collective (2016), die Resolution des Netzwerks Care Revolution (2014), einen Text (2013) und das Buch „Care Revolution" (2015) von Gabriele Winker sowie das Buch „Equal Care" (2020). Diese Textgrundlagen finden sich am Ende im Literaturverzeichnis.



1. Der Widerspruch zwischen Reproduktion und Produktion

Wie die Care-Bewegung in den genannten Texten deutlich macht, scheint es permanent an ausreichend Zeit und Mitteln für Care-Arbeiten zu fehlen. Dies liegt an der systematischen Rolle, die diese innerhalb der aktuellen Ökonomie haben. Um das genauer betrachten zu können, geht es im folgenden um die zwei grundlegenden Sphären im Kapitalismus: Reproduktion und Produktion.
Schon mal vorweg: Diese zwei Sphären lassen sich anhand ihrer Zwecke abstrakt unterscheiden und stehen in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander. Dabei ist die Reproduktionssphäre systematisch prekär, von der Produktionssphäre abhängig und ihr untergeordnet.

Produktionssphäre

In dieser Gesellschaft liegt alles - vom Bier bis zum Bürostuhl - als Privateigentum vor und hat einen Preis. Die meisten Menschen verfügen nicht selbst über Privateigentum an Boden und an Produktionsmitteln (z.B. Maschinen), um Dinge, die sie zum Leben benötigen, für sich selbst oder gewinnbringend für einen Markt produzieren zu können. Um an diese Sachen zu kommen, brauchen sie also Geld und müssen sich zum Ziel setzen, welches zu verdienen. Das geschieht in der Produktionssphäre. In dieser verkaufen sie für die meiste Zeit des Tages ihre Fähigkeit zu arbeiten gegen Lohn an ein Unternehmen.[3] Als Arbeitnehmer*innen stellen sie Sachen her, die ihnen am Ende des Tages nicht gehören, oder erbringen Dienstleistungen für ihre Arbeitgeber*innen.

Die Unternehmen bzw. Arbeitgeber*innen hingegen haben Kapital und Produktionsmittel. Sie lassen für sich arbeiten. Das bedeutet, dass Menschen als Arbeitskräfte ihre Energie für das Interesse des Unternehmens verausgaben.

In der Produktionssphäre verfolgen die Arbeitgeber*innen den Zweck der Reichtumsvermehrung, Arbeitnehmer*innen den des Geldverdienstes in Form von Lohn/Gehalt. Da die Lohnabhängigen in der Produktionssphäre den Ansprüchen des Unternehmens unterworfen sind, haben sie dort keine Zeit, sich um sich selbst zu kümmern. Während der Arbeitszeit können sie nicht kochen, waschen, schlafen, Beziehungsgespräche führen oder Kinder betreuen.

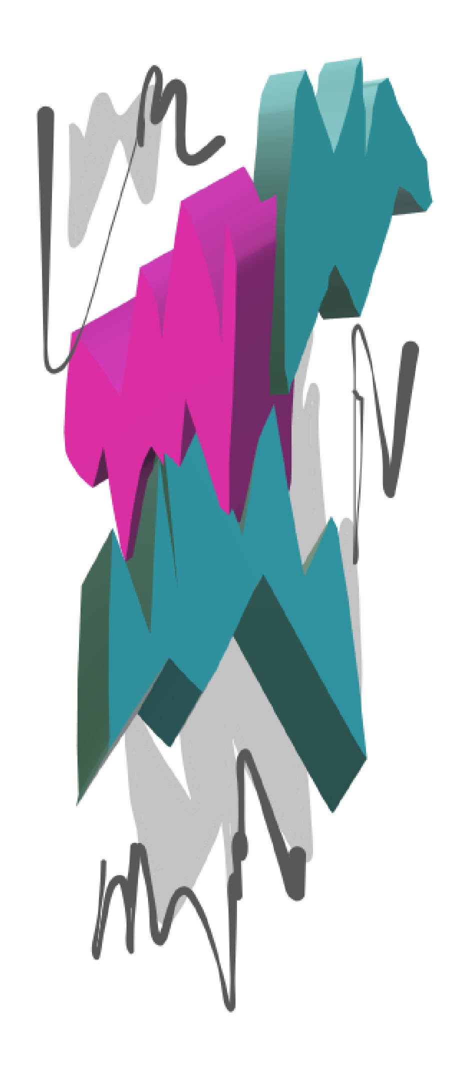
Reproduktionssphäre

Ihre eigene Versorgung und Erholung organisieren die Arbeitnehmer*innen privat für sich in der Reproduktionssphäre. Der Zweck dieser Sphäre ist die Reproduktion der Arbeitskraft: Es geht darum, diese Tag für Tag nach der Verausgabung und Anstrengung in der Produktionssphäre wiederherzustellen und so zu erhalten, dass am nächsten Tag aufs Neue gearbeitet werden kann. Reproduktion umfasst ggf. auch Kinder zu bekommen, aufzuziehen und zu betreuen. Dies spielt neben der individuellen Fürsorge vor allem auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eine Rolle, da es hierbei um den zukünftigen Erhalt der Arbeitskräfte/Arbeiter*innenklasse geht.

3 Wir beziehen uns hier vor allem auf das Verhältnis von Unternehmen und Lohnarbeiter*innen. Für andere Arbeitsverhältnisse (z.B. im sozialen oder Non-Profit-Bereich, bei gemeinnützigen Trägern, bei Staatsangestellten, bei Selbstständigen) gelten zwar teilweise andere Logiken. Die Folgen für die Arbeitskräfte sind aber grundlegend dieselben.

Das widersprüchliche Verhältnis zwischen Produktion und Reproduktion

In der Produktionssphäre wird der dominante Zweck allen kapitalistischen Wirtschaftens, die abstrakte Reichtumsvermehrung,[4] verfolgt. Der Zweck der Reproduktionssphäre (Arbeitskraft wiederherstellen) ist dafür nur die Bedingung und ihm dementsprechend untergeordnet: Dass sich die Lohnabhängigen selbstständig vom Verkauf ihrer Arbeitskraft reproduzieren können bzw. überhaupt ein Einkommen haben, ist abhängig davon, ob es ein Interesse an ihrer Arbeitskraft gibt und ob Unternehmen sie für rentabel befinden.



Der zeitliche Rahmen und die Art und Weise, wie die Lohnabhängigen ihre „Frei"zeit gestalten können, ist durch die Interessen in der Produktionssphäre bestimmt. Die Anforderungen, mit welchen Unternehmen ihre Arbeitnehmer*innen konfrontieren, stellen dabei einen ständigen Angriff auf die Reproduktion dar. Denn: Ein Unternehmen will einen möglichst hohen Gewinn erzielen bzw. muss dies auch, um in der Konkurrenz nicht unterzugehen. Das heißt, Unternehmen versuchen, die Profitrate (das Verhältnis zwischen vorgeschossenem Kapital und Gewinn) zu steigern. Die Löhne, die die Arbeiter*innen zu ihrer individuellen Reproduktion benötigen, stellen sich dabei als Kosten für die Unternehmen dar. Dementsprechend hat jedes Unternehmen ein Interesse daran, seinen Arbeitskräften so wenig Lohn wie möglich zu zahlen und diese zugleich so lange, wie es für das Unternehmen rentabel ist, arbeiten zu lassen.

4 Abstrakter Reichtum, weil es im Kapitalismus nicht einfach um die Herstellung konkreter, nützlicher Güter geht, sondern um die Vermehrung von Geld über die Güterproduktion.

Abhängigkeit der Reproduktions- von der Produktionssphäre

Um sich überhaupt reproduzieren zu können, sind die Arbeitnehmer*innen also von den Berechnungen der Unternehmen abhängig. Die für die Reproduktion notwendigen und in ihr konsumierten Mittel- wie Lebensmittel und Haushaltsgeräte- liegen als Waren vor und sind nur über Geld zugänglich. Dieses muss über den Verkauf der Arbeitskraft erworben werden. Auf welche Weise die Einzelnen für ihre Reproduktion sorgen können, hängt davon ab, wie viel Geld sie verdienen und wie viel Zeit und Energie ihnen nach ihrer Beanspruchung in der Produktion noch bleibt. Die 'freie Zeit' nach dem Arbeitstag muss darauf verwendet werden, sich von der Arbeit zu erholen und für die Arbeit fit zu machen (kochen, putzen, entspannen, beim Sport Dampf ablassen etc.). Sie ist damit auf die Lohnarbeit ausgerichtet. In der Konkurrenz besteht für Lohnarbeiter*innen immer die Drohung, von den Arbeitgeber*innen wegen mangelnder Leistung ausgetauscht zu werden. Das verstärkt den Druck, die Reproduktion an der eigenen Leistungsfähigkeit zu orientieren.

In der Produktionssphäre geht es nicht darum, den Einzelnen ein Einkommen und die Möglichkeit zu einem angenehmen Leben zu geben, sondern um die Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals. Die Ansprüche der Produktion, nämlich die intensive und extensive Nutzung der Arbeitskraft der Einzelnen, und der Zweck der Kapitalvermehrung gehen systematisch auf Kosten der Reproduktion der Menschen als Arbeiter*innenklasse. Wie sich die Einzelnen reproduzieren, ist damit grundlegend prekär und krisenhaft. Konkret heißt das in den meisten Fällen: Vor und nach der Acht-Stunden-Schicht noch rechtzeitig zur KiTa hetzen, einkaufen gehen, kochen, waschen, den Kindern bei den Hausaufgaben helfen, pflegebedürftigen Angehörigen assistieren, den WG-Putzdienst erledigen... und das bei wenig Zeit und wenig Geld, aber dafür mit viel Stress, gesundheitlichen und psychischen Belastungen.

Zusammengefasst

Unter dem Diktat der Geldvermehrung als Prinzip der gesellschaftlichen Produktion spielen die meisten Menschen lediglich als Arbeitskräfte eine Rolle und werden nur als solche benötigt und benutzt – sie sind in der Produktion und bei der Vermehrung von Wert gewissermaßen vom Kapital abhängige Variablen. Daraus ergibt sich als Zweck der Reproduktion, dem Anspruch des Kapitals auf (leistungsfähige) Arbeitskräfte nachzukommen und die Arbeiter*innenklasse als solche zu erhalten.

Die Reproduktion ist also auf die Reichtumsvermehrung ausgerichtet und damit systematisch prekär. Die beiden Sphären existieren nicht einfach nur nebeneinander: Reproduktion muss der Produktion

dienen und ist von ihr abhängig. Es handelt sich um ein Unterordnungsverhältnis. Reproduktion ist Bedingung und nicht Zweck in dieser Gesellschaft.

Die Reproduktionssphäre wird häufig idealisiert als der Ort, an dem es um eine*n selbst oder die Liebsten ginge. Diesem Ideal nach soll die Reproduktion ein Ort der Erholung und des Miteinanders statt des Gegeneinanders sein. Da die Menschen allerdings existentiell vom Geldverdienst abhängig sind und als Arbeitskräfte in Konkurrenz zueinander stehen, müssen sie die Zeit in der Reproduktionssphäre größtenteils darauf verwenden, sich zu erholen und darüber wieder fit für die Arbeit zu machen. Das kann auch untereinander, also in Beziehungen und in geteilten Haushalten, zu jeder Menge Konflikten führen. Die Vorstellung von Reproduktion als 'da geht es mal um mich' muss daher Ideal bleiben.



Care-Ideale in der Care-Bewegung

Idealisierte Vorstellungen von Reproduktion sind auch in der Care-Bewegung zu finden. Dies soll an zwei Beispielen näher erläutert werden.

Care in der Krise

Einer der zentralen Ausgangspunkte großer Teile der Care-Bewegung ist die Feststellung einer Krise, worin unseres Erachtens vielfach eine Verklärung von Reproduktion in dieser Gesellschaft steckt. So heißt es bspw. im Buch „Krise der sozialen Reproduktion", der Widerspruch zwischen dem Kapitalinteresse an Profitvermehrung und der Reproduktion der Individuen könne *„zugespitzt zur Krise führen*" (trouble everyday collective S. 48). Das zeige sich aktuell daran, dass (auch bezahlte) Reproduktionsarbeit unter zunehmend prekären Bedingungen stattfinde und zudem meist an Frauen hängen bliebe.
Wie die bisherigen Ausführungen zeigen sollten, ist der Widerspruch zwischen Reproduktion und Produktion genau wie die prekäre Rolle von Care ein wesentliches und grundlegendes Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft. Es stellt sich die Frage, warum erst die Verschärfung dieses Gegensatzes als Krise bezeichnet wird – oder andersherum, warum ein Dauerzustand als Krise bezeichnet werden muss. Dies legt zum einen nahe, dass Reproduktion auch nicht krisenhaft gestaltet werden könne und entsprechend auch unter den gegebenen Bedingungen angenehm und bedürfnisorientiert möglich wäre. Zum anderen unterscheidet es nicht, für wen es sich eigentlich um eine Krise handelt. Für Staat und Kapital nämlich funktioniert Reproduktion ganz hervorragend. Und das ganz unabhängig davon, wie stressig das für die Einzelnen auch sein mag. Für Staat und Kapital zählt, dass es genügend einsatzfähige und qualifizierte Arbeitskräfte gibt – dass und wie die Menschen dazu kommen, wird ihnen selbst überlassen.

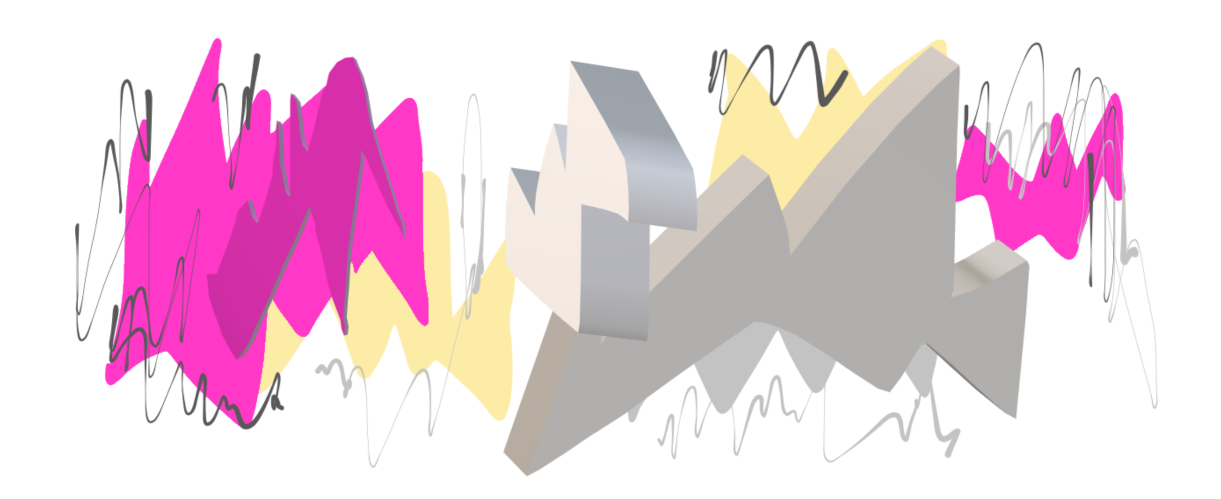
„Grundrecht Care - Care aufwerten"

Das *Netzwerk Care Revolution* bezeichnet unter der Überschrift *„Sorgearbeit aufwerten – eine Kultur der Fürsorglichkeit absichern"* Sorgearbeit als *„eine Bedingung menschlicher Existenz und Voraussetzung für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens"*. Care sei *„ein Grundrecht und liegt in gesellschaftlicher Verantwortung."*

Dass Care-Arbeiten für Menschen essentiell notwendig sind, wird mit einer idealisierten Vorstellung eines Wirtschaftssystems vermischt, in dem das, was alle brauchen, auch gleich der grundlegende Sinn ist: Indem Care als Basis des Gemeinwesens bezeichnet wird, wirkt es, als fehle es bloß an der angemessenen Würdigung und als wäre allein ein Verkennen der wichtigen Leistung von Care-Arbeiten der Grund für deren prekäre Rolle. Darin zeigen sich die Leerstellen der Kritik der Care-Bewegung auf. Es mangelt an einer genauen Definition von Reproduktion und wie diese in der kapitalistischen Gesellschaft vorkommt und vorkommen muss.

Um der prekären Situation des Sozialen entgegen zu wirken, fordert das *Care Revolution Netzwerk* einen anderen Umgang mit Sorgearbeit: *„Wer Sorgearbeit individuell oder zusammen mit anderen leisten will, muss durch entsprechende Arbeitszeitmodelle und gesellschaftliche Regelungen dafür materiell und zeitlich abgesichert werden. Dazu gehört es auch, flexibel und selbstbestimmt zwischen verschiedenen Tätigkeiten (Erwerbs-, Sorgearbeit, politische Arbeit, Muße und Bildung) abwechseln zu können."*

Auch hier wird die Vorstellung einer Gesellschaft beschrieben, in der sich alle Menschen um Reproduktion kümmern können, sie für ihre Sorgearbeit gewürdigt werden und Sorgearbeit generell diese eine ganz andere Stellung einnimmt. Auch wenn das eine schöne und sympathische Vorstellung ist, so muss diese Form der Organisation ein Ideal bleiben – solange es sich um eine kapitalistische Ökonomie handelt. Die genannten verschiedenen Tätigkeiten (Erwerbs- und Sorgearbeit) haben auf struktureller Ebene nicht die sich vorgestellte Funktion bzw. die gleiche Priorität. Indem Care zu einem Grundrecht erklärt wird, spricht das Netzwerk implizit den Staat an, die Reproduktion zu organisieren. Als Verantwortlicher für das gesellschaftliche Gemeinwesen kommt ihm in dieser Vorstellung die Aufgabe zu, Care aufzuwerten und gegenüber profitwirtschaftlicher Ökonomie und Lohnarbeit gleichzustellen. Genau um den Staat geht es ausführlicher im folgenden Kapitel.

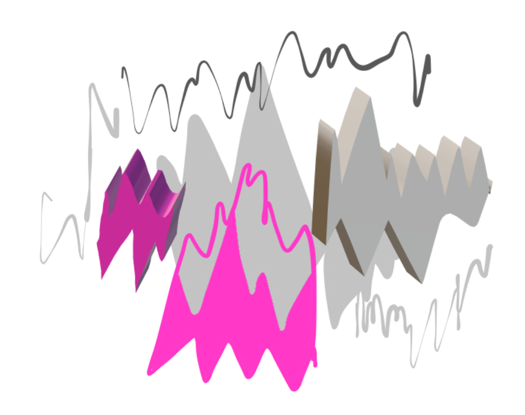


2. Der Staat - alles andere als Retter in der Not

Unter Staat verstehen wir die Gesamtheit der politischen Organe der BRD, wie Bundesregierung, Ministerien oder Bundestag, die auf Basis des Grundgesetzes handeln. Als solche verfolgen sie das Ziel eines dauerhaften Funktionierens und erfolgreichen Vorankommens der nationalen kapitalistischen Ökonomie.

Diese Ökonomie ist die Grundlage staatlicher Macht und Ressourcen, was zu einem Zirkel führt: Aus erfolgreichem Wirtschaften bezieht der Staat seine finanziellen Mittel (Steuern und Kredite), durch die er wiederum der kapitalistischen Gesellschaft dient, von dessen Resultaten er dann abschöpft – und so weiter.

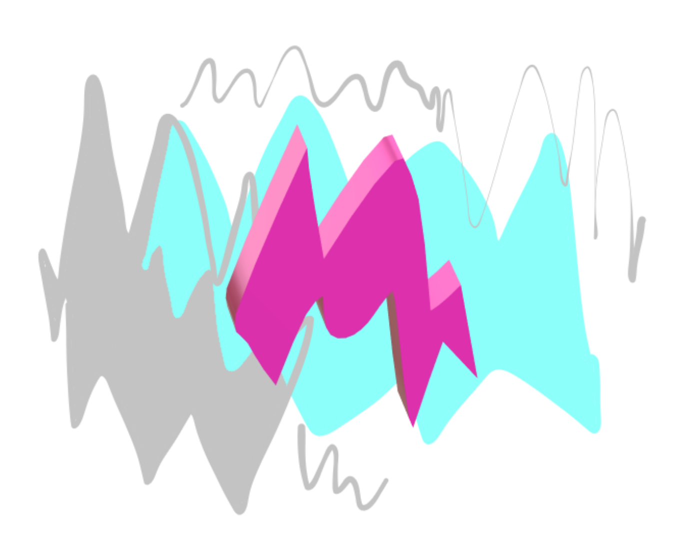
Damit nationaler Kapitalismus im Ganzen erfolgreich ist, kümmert sich der Staat um gute Grundlagen. Das wären zum Beispiel die Infrastruktur oder Bildung und Sicherstellung von Fachpersonal. Eine ganz wesentliche Grundlage ist die Bevölkerung, also die Menge, Verfassung und Zusammensetzung der Menschen auf dem staatlichen Territorium. Sie sollen sich als brauchbare Arbeitskräfte und Staatsbürger*innen betätigen, die zudem den gesellschaftlichen Bedingungen gegenüber positiv eingestellt sind. Entsprechend hat der Staat ein Interesse an der dauerhaften Reproduktion seiner Bevölkerung und damit am Care-Bereich. Durch bevölkerungspolitische Maßnahmen versucht er dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung mengenmäßig und von ihrer Zusammensetzung und Verfassung her zu den aktuellen nationalen Interessen passt. Das umfasst zum Beispiel, dass Arbeitskräfte durch ihre Arbeit nicht völlig verschlissen werden, sondern langfristig zur Verfügung stehen (z.B. durch Arbeitszeitbeschränkung, Arbeitsschutz, Mindestlohn), dass arbeitslose Menschen eine gewisse Grundversorgung erhalten oder Menschen für die Kinderbetreuung eine Lohnersatzleistung gezahlt bekommen. Insgesamt geht es aus staatlicher Perspektive nicht darum, dass es den Menschen bzw. jede*r Einzelne*n an sich gut oder besser geht, sondern um eine funktionierende Bevölkerung als ein Teil der Grundlagen für diese nationale, kapitalistische Ökonomie.



Staat und der Widerspruch zwischen Produktion und Reproduktion

Im Ziel, langfristig gute Verwertungsbedingungen für das Kapital bereitzustellen, trägt der Staat den Widerspruch zwischen Produktion und Reproduktion in sich. Beispielsweise verfolgt das Wirtschaftsministerium das Ziel, das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, indem es z.B. durch geringe Lohnkosten gute Bedingungen für das Kapital bereitzustellen versucht. Das Ministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium hingegen trägt dafür Sorge, dass sich die Arbeiterklasse erhalten kann und bietet bspw. flächendeckende grundlegende Gesundheitsversorgung oder setzt den Mindestlohn durch.

Dass Unternehmen versuchen, diese Regelungen weitestgehend zu brechen und zu ignorieren, zeigt wiederum: Die Gründe für Unternehmen, so niedrige Löhne wie möglich zu zahlen, sind durch die Gesetzgebung keineswegs aus der Welt. Der Staat ändert damit rein gar nichts an der grundlegenden Funktionsweise des Kapitalismus, sondern greift regulierend in den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeiter*innen ein, damit die Reproduktion der Letzteren garantiert werden kann. Einerseits können Ausgaben für die Sicherung der Grundlage des Kapitalismus demnach einen kurzfristigen Abtrag am Wirtschaftswachstum bedeuten. Andererseits können sie aber bessere Bedingungen für das langfristige Funktionieren und Wachsen des Kapitalismus herstellen, sodass sich die BRD in der Staatenkonkurrenz auch morgen noch behaupten kann. Kurzgefasst: Sobald der Staat etwas in die Reproduktion investiert, verspricht er sich (zumindest längerfristig) etwas davon.



Wie kommt der Staat in der Care-Bewegung vor?

Unserer Beobachtung nach gibt es vor allem zwei Umgänge mit dem Staat – entweder taucht er gar nicht explizit als eigener Akteur auf oder wird implizit als Ansprechinstanz adressiert, die es eigentlich richten sollte.

Kapitalismus ohne Staat

An einzelnen Texten der Care-Bewegung wird indirekt eine Vorstellung von einem eigenmächtig handelnden, nicht politisch gestalteten Wirtschaftssystem deutlich. Es scheint, dass Kapitalismus als Wirtschaftssystem getrennt von einer politischer Regulierungsinstanz gedacht wird.
Diese zeigt sich beispielsweise in einem historischen Beispiel, das in der „Krise der sozialen Reproduktion" angeführt wird: Im 19. Jahrhundert kam die sogenannte soziale Frage in die Welt. Sie bedeutete, dass die Arbeiter*innen durch das Kapital so extrem beansprucht wurden, dass sie sich und damit ihre Arbeitskraft nicht mehr so reproduzieren konnten, dass sie den Anforderungen in den Fabriken und dem staatlichen Bedarf nach Soldaten entsprachen. Der Text führt dazu an, dass dies *„auch möglich war, da es nur wenige staatliche Interventionen gab, noch keine Politik, die regulierend eingriff"* (S. 27). Diese Aussage lässt den entscheidenden Schritt aus: Es war überhaupt erst die Politik, die den Kapitalismus und das Privateigentum ins Recht gesetzt und so das Interesse des Kapitals auf Beanspruchung der Arbeitskraft freigesetzt hatte. Auf die negativen Folgen dieses Interesses - und der Arbeitskämpfe und Sorge vor politischen Unruhen- hat die Politik im letzten Viertel des 19. Jahrhundert bspw. mit der Verkürzung des Arbeitstages und Arbeitsschutzgesetzgebungen erst reagiert. Die damalige Elite sah das nationale Wirtschaftswachstum insgesamt in Gefahr, wenn das entscheidende Material zu diesem Erfolg, die Arbeitskräfte, durch die Arbeit zugrunde gerichtet wird. Die staatlichen Interventionen wurden in erster Linie durch die Sorge um einen ökonomischen Notstand aufgrund der fehlenden bzw. untauglichen Arbeitskräfte hervorgerufen. Es war ein nationaler Standpunkt, der das Funktionieren des Kapitalismus als Ganzes auf dem staatlichen Territorium bestmöglich garantieren wollte. Insofern ist die übergeordnete politische Instanz Bestandteil dieses kapitalistischen Systems. Im oben angeführten Beipsiel ist also fraglich, wer ‚der Kapitalismus' ohne diese politische Instanz ist und wie er handelt.
Im Buch „Die Krise der Sozialen Reproduktion" heißt es weiter, die *„Kosten der sozialen Reproduktion belasten die Kapitalvermehrung, sie stellen gesamtgesellschaftlich einen Abzug vom Profit dar" (S.* 47). Deswegen sei es die Dynamik der Kapitalakkumulation, diese Kosten gering zu halten. Unterstellt wird hier, dass alle Unternehmen als ‚das Kapital' ein gemeinsames Interesse an einem be-

stimmten Zustand der Reproduktionssphäre hinsichtlich der Lohnkosten hätten. Damit wirkt es, als würde im Buch Kapitalismus als ein handelnder Akteur verstanden werden.
Wie erwähnt, will tatsächlich jedes Unternehmen die Löhne so niedrig wie möglich halten, um eine entsprechend hohe Profitrate zu erwirtschaften – jedoch nur für sich selbst und gegen die anderen. Ein gesamtgesellschaftlicher Profit interessiert ein einzelnes Unternehmen nicht. Die einzelnen Unternehmen sprechen sich weder untereinander ab noch gibt es ein gemeinsames Interesse der Unternehmen darüber, was für sie im Kapitalismus gut ist. Vielmehr stehen die Unternehmen in Konkurrenz zueinander. Sie sind nicht der aus einem gemeinsamen Interesse an gesamtgesellschaftlichen Profit handelnde Akteur Kapitalismus. Die Instanz, die ein Interesse am langfristigen Fortbestehen des Kapitalismus und am langfristigen nationalen Wirtschaftswachstum hat, ist der Staat.

Der gute Sozialstaat versus böses Kapital

Teilen der Care-Bewegung zufolge sind die Interessen des Staates nicht intentional auf das Funktionieren des Kapitalismus gerichtet: *„Das Prinzip der Kapitalvermehrung setzt sich aber immer wieder durch. Das heißt, dass beispielsweise die Bundesrepublik nicht frei entscheidet, wie viele Ausgaben im sozialen Bereich getätigt werden, sondern dass sie im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation immer Bedingungen herstellt, die gut für die kapitalistische Wirtschaft sind"* (trouble every day collective S. 47). Die Rede von der Unfreiheit der Politik legt die Vorstellung nahe, dass sich das Prinzip der Kapitalvermehrung beständig ungewollt durchsetzt – als wäre es nicht vom Staat selber eingerichtet und in der Verfassung verankert.
Zugespitzt würde das heißen, dass die Abhängigkeit des deutschen Staates vom Funktionieren der Wirtschaft ein unglücklicher Fehler sei, dem sich die Sozialpolitik zähneknirschend beugen muss. Nur gibt es nicht den bösen Kapitalismus auf der einen und den guten (Sozial-)Staat auf der anderen Seite: Die BRD als bürgerlicher Staat trägt genau beides in sich und der Sozialstaat ist dazu da, die Grundlage des Kapitalismus zu sichern. In der Entscheidung, wie und durch welche Maßnahmen der Kapitalismus vorangebracht werden soll, ist die BRD entgegen dem obigen Zitat frei- wenn auch daran gebunden, welche finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen. Dass sich das Prinzip der Kapitalvermehrung immer wieder durchsetzt, ist weder zufällig noch unabsichtlich, sondern genau Grundprinzip des bürgerlichen Staates.
Der Staat ist kein beliebig bespielbares Feld, kein *„Austragungsort von Kämpfen, in denen verschiedene Interessen gegeneinander stehen"* (trouble everyday collective S. 17). Wirtschaftswachstum

muss stattfinden, weil es die materielle Grundlage allen staatlichen Handelns ist. Auf der Grundlage, dass Kapitalismus als Wirtschaftsform gesetzt ist, muss sich jede staatliche Entscheidung daran messen, ob sie gut für die Nation ist und jede soziale Ausgabe daran, ob sie sich im Endeffekt für die Wirtschaft lohnt.

Der Staat ist also alles andere als der Retter in der Not. Vielmehr ermöglicht er das dauerhafte Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt erst, indem er den Widerspruch zwischen Produktion und Reproduktion gangbar macht. Damit ist dieser Widerspruch eben nicht aus der Welt, sondern wird erhalten. Anders als es im Text des trouble everyday collective heißt, lässt sich also nicht sagen, dass *„staatliche und wirtschaftliche AkteurInnen [...] <u>nicht immer</u> das Interesse [verfolgen], die subjektiven Bedürfnisse von Menschen zu befriedigen“* (S. 13, eigene Hervorhebung) – der gesetzte Zweck der staatlichen und wirtschaftlichen Akteure ist prinzipiell ein anderer.

Der Anteil, den der Staat mit seinem Handeln am prekären Zustand der Reproduktion hat, wird nicht wirklich adressiert. Das Netzwerk Care Revolution titelt beispielsweise *„Der Markt verdrängt das Soziale: Dienstleistungen und Beziehungen unter Druck“* (Netzwerk Care Revolution). Damit wird die zunehmende Privatisierung und profitwirtschaftliche Organisierung von Care-Arbeiten kritisiert. Während diese Entwicklung in der Tat negative und besorgniserregende Folgen hat, suggeriert der Text, dass ein grundlegend friedlich-harmonisches Gleichgewicht zwischen Markt und Sozialem möglich wäre. Auch kommt nicht vor, dass der Staat als Akteur eine aktive, gestaltende Rolle darin einnimmt. Das Zurückdrängen des Sozialen, also eine Privatisierung von Care-Arbeiten, die bislang in öffentlicher Hand waren, geschieht durchaus im Einverständnis des Staates. Die Kosten für Reproduktion sollen für den Staat möglichst gering sein und es ist in seinem Sinne, wenn über die Bereitstellung der notwendigen Leistungen sogar noch Kapitalwachstum generiert werden kann, indem private Unternehmen diese organisieren. Solange für den Staat noch genügend einsatzfähige Arbeitskräfte und Staatsbürger*innen zur Verfügung stehen, ist er fein damit, dass ‚das Soziale' zurückgedrängt wird. In der Funktion des Sozialen für den Markt liegt nämlich die Ursache für die Verdrängung und alles geschieht mit staatlichem Einverständnis.

3. Geschlecht, Bevölkerungspolitik und Familie

In der überwiegenden Mehrheit verrichten in dieser Gesellschaft Menschen Care-Arbeit, die nicht cis-männlich sind.[5] Wie genau es zu dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung kommt und welche Rolle Geschlecht in Bezug auf Reproduktion hat, finden wir einen relevanten Punkt in der Debatte um Care. Hierbei spielen das durchgesetzte Geschlechterverhältnis und die Interessen des Staates, denen vermittelt durch die Institution Familie und bevölkerungspolitische Maßnahmen nachgegangen wird, eine entscheidende Rolle.

Dieses führen wir im Folgenden aus und gehen dabei erst einmal darauf ein, was Geschlecht ist und wie es auf verschieden Ebenen (Staat,[6] Gesellschaft, Identität) hergestellt wird.

Geschlecht als staatliche Kategorie

Der deutsche Staat schafft Geschlecht als rechtliche Kategorie und erachtet sie als äußerst relevant – mit Folgen für seine Politik und das gesellschaftliche Leben. Jeder*m seiner Staatsbürger*innen werden definierende Merkmale zugewiesen und diese werden registriert: Neben dem bürgerlichen Namen, Geburtsdatum, Eltern auch eine Aussage über Geschlecht. Diese Informationen kommen in das Personenstandsregister. Der Staat macht sie damit zu grundlegenden Merkmalen des bürgerlichen Subjektes im Verhältnis zu ihm: Identifikation (individueller Name) und Gruppenzuteilungen (Volljährigkeit, männlich/weiblich/divers/keine Angabe). Das, was Geschlecht ist und wie die Staatsbürger*innen es erhalten, ist ebenfalls staatlich geregelt. Jeder Person wird bei Geburt ein Geschlecht nach biologistischen Kriterien zugewiesen. Das heißt, nach Inaugenscheinnahme auf Grundlage sichtbarer sogenannter primärer Geschlechtsorgane erfolgt die Einteilung in männlich/weiblich/divers/keine Angabe.

Mit dieser ersten direkten Zuweisung ist staatlicherseits intendiert, dass sich die Staatsbürger*innen mit dem zugewiesenen Geschlecht identifizieren. Sie sollen ihr nach der Geburt zugewiesenes Geschlecht als wesentlichen Teil ihrer Identität erachten und dabei im besten Fall stabil und binär kohä-

5 Cis bedeutet, dass Menschen in dem ihnen bei der Geburt zugeordneten Geschlecht leben, sich damit identifizieren bzw. nicht soweit damit hadern, dass sie darin weiter leben bzw. darin weitestgehend erkennbar sind. Insofern sind an dieser Stelle alle die gemeint, denen nicht von Geburt bis heute eine männliche Sortierung zugekommen ist, also Cis-Frauen und Menschen, die als trans Personen, Non-Binaries, Genderqueere oder Agender anders mit den geschlechtlichen Einsortierungen umgehen bzw. umgegangen sind. Dabei geht es uns darum, irgendwie fassbar zu machen, dass bestimmte Vorstellungen und Rollenzuschreibungen, die mit einer Zuschreibung ‚nicht-männlich' bzw. vorwiegend ‚weiblich' verbunden werden, zur Festlegung auf Care führen. Wie wir die Begriffe Mann und Frau verwenden und wie wir Geschlecht als ideologische, nicht als biologische Kategorie verstehen, führen wir im nächsten Absatz genauer aus.

6 Wie im Kapitel zuvor geht es hier in der Regel um Maßnahmen des deutschen Staates.

rent sein. Dies gilt immer noch, auch wenn es auf dem Gebiet des Personenstandwechsels seit 2018 (mit der Einführung eines dritten Geschlechtseintrags) und schließlich 2024 (dem Sebstbestimmungsgesetz (SBGG)) rechtliche Liberalisierungen gab.

Die Einteilung der Menschen in nur zwei, grundsätzlich unveränderbare Geschlechter ist die selbstverständliche Grundlage der deutschen Rechtsordnung. Das Recht verzichtet darauf, explizit festzulegen, woraus sich Geschlecht genau ergibt und woran männlich, weiblich, divers oder keine Angabe festgemacht wird. Es unterstellt einfach, was in der Gesellschaft an Anschauungen zu Geschlecht vorhanden ist – und setzt diese Normen darüber auch gleichzeitig ins Recht.

Das heißt, dass politisch als gut erachtet wird, welche Vorstellungen über Geschlecht gesellschaftlich dominant sind. Gesetzlich geregelt sind nur sogenannte Ausnahmen. An diesen Gesetzen werden die staatlichen Auffassungen von Geschlecht explizit deutlich. Seit den 1970er Jahren ist es Erwachsenen per Gesetz prinzipiell möglich, den Geschlechtseintrag zu wechseln.[7] Trotz mehrerer Reformen über die Jahrzehnte führte das Gesetz zu einem Verfahren, das von Pathologisierung, geschlechtlicher Fremdbestimmung und einem Druck bzw. Zwang zu einer bestimmten Geschlechterperformance gekennzeichnet war. Menschen mussten nachweisen, stabil und kohärent in der gewünschten Geschlechtsidentität entsprechend der jeweils passenden Geschlechtervorstellungen zu leben und zu fühlen. Das hieß implizit, dass diese geschlechtliche Bezugnahme auf sich selbst rechtlich bei allen Staatsbürger*innen als normal unterstellt und damit gewollt war.

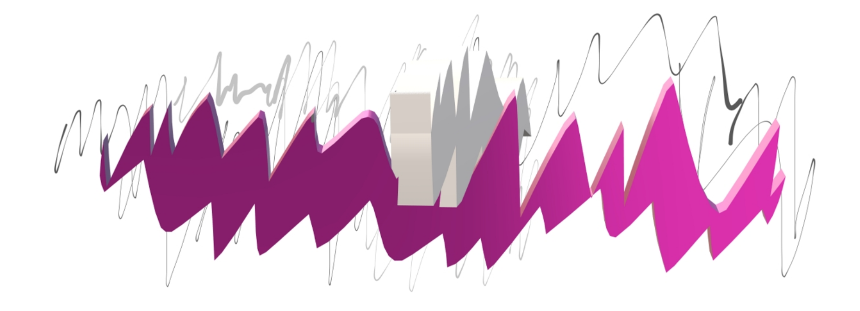
Das am 1. August 2024 in Kraft getretene Selbstbestimmungsgesetz eröffnet nun die Möglichkeit, dass volljährige Personen selbst ihren Vornamen und Geschlechtseintrag ändern lassen können – ohne Überprüfung von außen.[8] Das Gesetz bedeutet gegenüber den bisherigen Regelungen eine immense Erleichterung und Verbesserung für viele Menschen (z.B. bei Dokumenten, Behörden und Institutionen, die Möglichkeit von Anerkennung, eine rechtliche Berufungsinstanz und mehr gesellschaftliches Bewusstsein).[9]

7 Bis 2024 regelte das „Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen“ (in der Regel TSG abgekürzt), unter welchen Umständen Menschen den ihnen bei Geburt zugeschriebenen Geschlechtseintrag wechseln konnten. Für die rechtliche Transition wurde zur Bedingung gemacht, dass sich das Geschlechtsempfinden „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ nicht mehr ändern sollte. Stabilität und Kohärenz musste über zwei Gutachten belegt werden. Seit 2018 gab es durch das „Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben“ beim Vorliegen einer biologischen „Variante der Geschlechtsentwicklung“ (also Intergeschlechtlichkeit) die Option divers. Ein Urteil des BGH aus 2020 stellte klar, dass die Änderung zu divers oder kein Eintrag über das (eigentlich komplett binär formulierte) TSG möglich war. Diese Regelungen wurden mit dem SBGG abgeschafft.

8 Bei Minderjährigen bis 14 Jahren müssen die Sorgeberechtigten die Erklärung abgeben, Minderjährige ab 14 Jahren brauchen die Zustimmung der Sorgeberechtigten.

9 Natürlich bleibt das Gesetz, trotz des Namens, hinter einer völligen Selbstbestimmung zurück. Kritikpunkte sind zum Beispiel, dass Barrieren für den Eintrag existieren, Einschränkungen in Folge des veränderten Eintrags (z.B. Hausverbote) oder dass Ausnahmen für den Kriegsfall festgeschrieben wurden. Auch scheinen sich im Vollzug

GegnerInnen des Gesetzes haben immer wieder vorgebracht, dass sie befürchten, Geschlecht werde über das Selbstbestimmungsgesetz gänzlich abgeschafft. Es mache rein theoretisch das Szenario möglich, dass sämtliche Geschlechternormen unterlaufen werden. Die scheinbar klare Verbindung zwischen dem, wie Menschen sich präsentieren und dem, wie sie rechtlich einsortiert werden, könne völlig auseinanderfallen und beliebig werden. Doch dies ist dezidiert nicht Ziel des Gesetzes.
Die Begründungen und der Gesetzestext zeigen, dass die Selbstidentifikation mit einem Geschlecht politisch als zentral erachtet wird. Menschen sollen sich geschlechtlich identifizieren, darin stabil und kohärent sein und sich in ihrem Geschlecht angesprochen fühlen. Tun Menschen das nicht, soll dies durch das neue Gesetz leichter möglich sein. Der Selbstaussage von Menschen wird geglaubt. Daran wird deutlich: Das Gesetz nimmt Geschlecht als zentrale Selbstidentifikation von allen Menschen so ernst, dass diese einen höheren Stellenwert bekommt als Zwang oder Überprüfung, um die gesellschaftliche Moral bezüglich Geschlecht wirken zu lassen.
Denn es geht im Gesetz nicht darum, Geschlecht prinzipiell zu einer individuellen Entscheidung zu machen. Allen Menschen wird bei Geburt weiterhin biologistisch das Geschlecht zugewiesen und sie sind weiterhin mit einer (binären) geschlechtlichen Sozialisation sowie gesellschaftlichen Erwartungen konfrontiert. Das Gesetz baut damit auf die gesellschaftlichen Zuweisungspraktiken, die eine stabile, kohärente und binäre Geschlechterperformance einfordern. Das heißt, es ist unterstellt, dass der Großteil der Menschen sich weiterhin lebenslang unhinterfragt in einer der bei der Geburt eingeordneten Kategorien Mann oder Frau identifizieren. Zugleich zielt das Gesetz darauf ab, denjenigen Menschen, die sich vom Staat aufgrund der falschen Zuweisung nicht angesprochen, repräsentiert und anerkannt fühlen, genau das zu ermöglichen.
Bei allen Vorteilen des Selbstbestimmungsgesetzes bestätigt es Geschlecht als zentrale staatliche Kategorie und vertraut hauptsächlich auf die Gesellschaft, weiterhin eine vor allem binäre, stabile und kohärente Geschlechtsbildung zu betreiben.



Schwierigkeiten für die Antragssteller*innen zu zeigen, da bspw. eine Geschlecht-Name-Kohärenz verlangt wird. Zudem beinhalten andere Gesetze weiterhin die klassische biologistisch-binäre Geschlechterordnung (z.B. Abstammungsrecht).

Geschlecht als Essentialisierung

Geschlecht ist nämlich viel mehr als nur etwas, das als gesetzliche Vorgabe aufgeherrscht ist. Der größte Teil der Gesellschaft sieht Geschlecht als real und natürlich an. Daher lässt es sich als eine ideologische Kategorie bezeichnen, die zugleich konstruiert und tatsächlich real gemacht wird.
Über Geschlecht werden Menschen zumeist in die zwei Gruppen 'Männer' und 'Frauen' eingeteilt. Den jeweiligen Gruppen werden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Für als Frauen einsortierte Personen gelten dabei Zuschreibungen wie Empathie, für Andere da sein, sich selbst zurücknehmen, schön sein etc. Bei Vorstellungen von Männlichkeit sind die Ideale eher an Stärke, Autonomie, Härte, Vernunft etc. geknüpft. Diese, also der jeweilige Inhalt von den zwei Geschlechtern, sind nicht einfach zufällige Stereotype, sondern Ansprüche und Aufforderungen: „Sei so und so“! Menschen sollen sich mit dem Geschlecht identifizieren, darin konform und entsprechend erkennbar sein. Über Geschlecht werden diese Ansprüche essentialisiert, also Menschen in ihr Wesen verlagert und zu ihrer vermeintlichen Natur erklärt.
Viele Menschen nehmen ihre geschlechtliche Sortierung und die daran anknüpfenden Rollen an, machen sie zu ihrer Identität und finden gute Gründe dafür, warum es damit auch seine Richtigkeit hat. Dabei bietet die geschlechtliche Sozialisierung den Boden für die Aneignung und den positiven Bezug. Menschen werden für ihre Konformität mit den geschlechtlichen Erwartungen an den richtigen Stellen vom Umfeld belohnt und bei Non-Konformität sanktioniert. Das Phänomen, dass Menschen das jeweilige ihnen zugeteilte Geschlecht verkörpern und beispielsweise durch Gestik, Interessen, etc. ausdrücken, wird ‚doing gender‘ genannt.
Die geschlechtliche Sortierung und Festlegung wird in der Regel mit biologischen Merkmalen begründet. Das heißt, körperliche Unterschiede von Menschen (Genitalien, Gebär- oder Zeugungsfähigkeit, Gonaden, Hormone) werden herangezogen, um darüber die Einteilung und Festlegung zu begründen. Während es körperliche Unterschiede zwischen Menschen durchaus gibt, etwa die meisten entweder eine Vulva und Uterus oder einen Penis und keinen Uterus haben, existieren viel mehr Variationen als diese beiden. Auch gibt es rein auf der biologischen Ebene keine klaren Gruppen, in denen alle Merkmale wie Hormone, Genitalien und Chromosomen gleich sind.
Zudem wollen wir infragestellen, was genau eine körperliche Eigenschaft oder die Unterscheidung nach körperlichen Gegebenheiten für Menschen bedeuten soll. Vernünftigerweise würden körperliche Eigenschaften für eine Gesellschaft und Einzelpersonen nur erfahrungs- und bedürfnisbezogen eine Rolle spielen: Da viele Menschen regelmäßig menstruieren, braucht es etwa die Produktion von

Tampons oder Menstruationstassen und einen vernünftigen, sensiblen Umgang mit dem körperlichen Erleben; für Personen mit viel Brustgewebe braucht es Möglichkeiten zur regelmäßigen Brustkrebsvorsorge und so weiter.
Auch folgt ein dermaßen ausgefeiltes Geschlechterverhältnis nicht einfach direkt aus der Biologie. Sonst würde diese 'Natur' doch nicht beständig bearbeitet und hergestellt werden (z.B. durch Rasieren, Schminken, Muskeln aufbauen etc.). Vielmehr wird eine vermeintliche Natur herangezogen, um ein gesellschaftliches Verhältnis zu legitimieren und als unhintergehbar darzustellen. Nach dem Motto: Die existierende Gesellschaft und ihre Ansprüche sind natürlich so erstanden. Daher sei es doch nur natürlich, diesen Ansprüchen gerecht zu werden.

Geschlecht und die zwei Sphären

Die klassischen Geschlechterrollen dienen dazu, Menschen auf Rollen in der Gesellschaft und eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung festzulegen. Das wird daran deutlich, wie gut sie zu den beiden Sphären (Produktion und Reproduktion) und ihren Ansprüchen passen. Ausgehend davon, dass Individuen als Mann oder Frau sortiert bestimmte charakteristische Eigenschaften abverlangt und darüber bestimmte Aufgaben und Tätigkeiten nahegelegt werden, können diese bestens auf eine der beiden Sphären verwiesen werden. Die Ansprüche an den Mann, dieser solle sich durchsetzen, aktiv und stark sein, passen zu den Anforderungen in der Lohnarbeit und Produktionssphäre. Die Frau wird als emotional, kümmernd, empathisch, passiv und sich selbst zurücknehmend auf das Dasein für Andere (klassischerweise Ehemann und Kinder) in die Reproduktionssphäre verwiesen. Die Frau hat somit die Aufgabe, den Mann wieder fit für die Lohnarbeit zu machen, indem sie als Reproduktionsgehilfin nach der Arbeit für ihn sorgen, für ihn schön sein und ihm auch sexuell zur Verfügung stehen, kurz, für seine Kompensation nach den Härten der Lohnarbeit, da sein soll. Diese klassischen Bilder sind in erster Linie erst einmal Ideale. Faktisch waren als Frauen sortierte Menschen immer auch in unterschiedlichen Ausmaßen in der Lohnarbeit bzw. mussten es aus ökonomischer Notwendigkeit sein, auch wenn das als negativ oder unweiblich bewertet wurde.
Das modernisierte Ideal von Frau schließt den durchgesetzten Anspruch dann auch mit ein, dass sie sich als Lohnarbeiterin verwertbar fürs Kapital macht und die dafür passenden Eigenschaften an sich ausbilden soll: Der Verstand wird Frauen demnach nicht partout abgesprochen, sie dürfen und sollen auch stark, durchsetzungsfähig und unabhängig sein, Verantwortung übernehmen und Karriere anstreben – ganz gemäß den Anforderungen des Kapitals und der Konkurrenz. Sie gelten sogar für

bestimmte Anforderungen im Beruf als besonders geeignet. Dies reicht von vermeintlichen weiblichen Führungsqualitäten bis hin zur schon immer unterstellten besseren Eignung für den Care-Bereich.
Aber: Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat kaum etwas an dem Anspruch geändert, dass sie zugleich immer noch für die Reproduktionsarbeit zuständig und Mütter zu sein haben. Es kommt lediglich eine weitere Anforderung hinzu und so entsteht die sogenannte Doppelbelastung. Das in der Gesellschaft durchgesetzte Männerbild hat nur eine leichte Modernisierung erfahren, sodass es als besonders applauswürdig gilt, wenn Männer ebenfalls Care-Arbeiten übernehmen.
Die aktuellen geschlechtlichen Rollenbilder ändern also nichts daran: Wie die Reproduktion auf die Produktion ausgerichtet ist, hat auch die Frau zumindest zu 50% auf Mann und Kinder ausgerichtet zu sein.

Geschlecht als Vehikel für gesellschaftliche Ansprüche

Die Ansprüche, die sich aus den Sphären ergeben und die der Staat an seine Bevölkerung heran trägt, werden den Menschen über Geschlecht in ihr Wesen verlagert. Damit fungiert Geschlecht als Mittel, durch das Menschen ganz aus sich selbst heraus den Ansprüchen und den Rollen, die sie in der Gesellschaft einnehmen sollen, freiwillig nachkommen.
Spezifische Aspekte dieser Geschlechterrollen werden als abträglich erachtet und sind Gegenstand politischer Maßnahmen. Ein Beispiel im Bezug auf die Arbeitswelt ist der Verlust qualifizierter weiblicher Fachkräfte in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen oder mangelnde Teamfähigkeit im männlich sozialisiertem Konkurrenzverhalten. Nichtsdestotrotz scheint die Kategorie Geschlecht weiterhin sowohl für den Staat als gutes bevölkerungspolitisches Instrument als auch im Privaten als Selbstverständlichkeit zu gelten.

Staatliche Bevölkerungspolitik und Geschlecht

Bevölkerungspolitik sind zum einen konkrete politische Maßnahmen. Zum anderen ist es aber auch ein grundlegender bestimmter „Stil" des Staates, mit den Menschen auf dem staatlichen Territorium umzugehen: Der Staat blickt mit seinen Interessen auf die Menschen in ihrer Gesamtheit und macht sie dadurch überhaupt erst zu (s)einer Bevölkerung. Es geht darum, dass sich die Bevölkerung reproduziert und langfristig erhalten bleibt und dass sie im richtigen Verhältnis zu den politischen und wirtschaftlichen Ressourcen und Ansprüchen steht, was Quantität und Qualität betrifft. Dabei funk-

tioniert die staatliche Bevölkerungspolitik darüber, dass die Menschen sich die staatlichen Ansprüche zu eigen machen, dass diese mit ihren eigenen Zielen übereinstimmen und sie diese so ‚aus sich selbst' heraus erfüllen. Der bürgerliche Staat basiert nicht auf einer Form von Zwang und Repression, die Menschen mit roher Gewalt oder expliziten Befehlen zur Erfüllung der Ansprüche zwingt. Stattdessen beruht er auf der individuellen Identifikation und dem subjektivem Zustimmen der Menschen. Dabei kommt Geschlecht eine ganz zentrale Rolle zu.

Die (hetero) Familie als Erfolgsmodell privater Reproduktion

Die (heterosexuelle) Kleinfamilie ist für den Staat weiterhin das attraktivste Modell für die Reproduktion seiner Staatsbürger*innen. In ihr sollen neue Kinder (als nachwachsende Staatsbürger*innen) in die Welt gesetzt werden. Außerdem werden die Eheleute darauf verpflichtet, sich um ihre Reproduktion und das Kinderversorgen partnerschaftlich zu kümmern. Die Familie, die erst mal wie das Intimste und Privateste überhaupt erscheint, ist mit vielen staatlichen Interessen und Gesetzen verbunden.

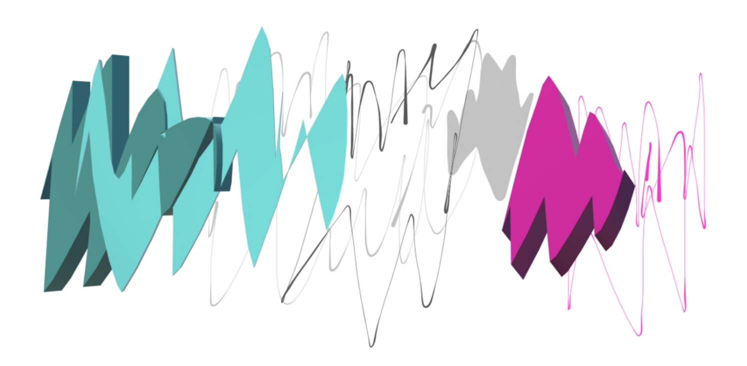
Durch die Institution der Ehe und der Familie werden die Einzelnen rechtlich aufeinander verpflichtet. Das heißt bspw., dass Eheleute finanziell füreinander einstehen müssen und sich gegenseitig bei ihren täglichen Anforderungen unterstützen sollen. Dabei ist unterstellt, dass der Alltag mit Lohnarbeit und individueller Reproduktion eine Herausforderung darstellt, der die Menschen alleine nicht so leicht gewachsen sind. Eltern müssen die Verantwortung für ihren Nachwuchs übernehmen. Andersherum ist dieser später gesetzlich dazu verpflichtet, für die pflegebedürftigen Eltern aufzukommen. Das hat unterschiedliche Gründe: Bevor die Politik bei den Risiken und Nebenwirkungen des Arbeitsleben, die die Lohnarbeit im Kapitalismus so mit sich bringt (bspw. Arbeitslosigkeit), stützend eingreifen müsste, steht das soziale Netz der Familie bereit und zieht die Einzelnen zur Verantwortung.

Gleichzeitig sorgt der Staat mit allerlei familienpolitischen Maßnahmen dafür, dass die Vereinbarkeit von Lohnarbeit, Reproduktion und Kindern irgendwie grundsätzlich möglich ist und das Modell Kleinfamilie eine attraktive Form bleibt. Es gibt über 100 familienpolitische staatliche Leistungen und Maßnahmen. Dazu gehören etwa Steuervorteile, Kindergeld, Elterngeld und -zeit, Unterhaltsvorschuss, kostenlose Mitversicherung von Kindern in der Krankenkasse, BAföG, die Schaffung von Kita-Plätzen sowie die Qualifizierung von Fachpersonal.

Die (hetero) Familie und neue Staatsbürger*innen

Die Politik geht außerdem davon aus, dass sich über 'familiäre Liebe' am besten die Werte, Moral und Anforderungen dieser Gesellschaft vermitteln lassen. Aus staatlicher Sicht ist Kindererziehung in der Familie deswegen am besten aufgehoben.[10] Mit diesem Anspruch und als Hauptinstanz der vor allem generationellen Reproduktion bleibt sie unhinterfragt – auch wenn in der Politik Meinungsverschiedenheiten darüber existieren, wie sie konkret am besten ausgestaltet sein soll. Zum Beispiel wurde über die Festlegung der Ehe auf Heterosexualität jahrelang gestritten, bis 2017 die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt und diese nahezu vollständig an die heterosexueller Paare angeglichen wurde. Einerseits wird damit homosexuellen Paaren zugestanden, die von der Ehe erwünschten Funktionen zu erfüllen. Andererseits bleibt ein Zweifel, sodass bspw. bei lesbischen Paaren, die in der Ehe ein Kind bekommen, immer noch eine Stiefkindadoption durch das zweite Elternteil nötig ist.

Gerade, dass der Punkt der Kindererziehung in der Debatte um die gleichgeschlechtliche Ehe immer wieder aufkommt, ist höchst aufschlussreich für die Rolle der Familie. So argumentierten die Gegner*innen der Öffnung der Ehe und Gleichstellung mit den Heteros, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht so gut den deutschen Nachwuchs aufziehen können. Die homofeindliche Vorstellung, welche Homosexuellen ihre Elternqualitäten abspricht, rekurriert vor allem auf den Weg der 'natürlichen' Zeugung von Kindern: nur ‚Mann' und ‚Frau' sind zu reproduktivem Sex fähig, weswegen auch nur sie die Keimzelle der Gesellschaft bilden könnten. Die Befürworter*innen hingegen betonen genau die Elternqualitäten homosexueller Paare. Dass sich die Debatte um die 'Homo-Ehe' genau an der Frage des vermeintlichen Kindeswohls aufhängt, zeigt, dass es bei Ehe vor allem um Familie und dabei vor allem um den Anspruch geht, neue Staatsbürger*innen hervorzubringen.



10 Das sieht mensch auch daran, dass Adoption nur in der Ehe möglich ist (außer Stiefkindadoption, diese ist seit Februar 2020 ohne Trauschein möglich).

Anspruch an als Frauen Sortierte: Kinder kriegen

Aus dem Interesse heraus, dass für neue Staatsbürger*innen gesorgt sein soll, existiert ein klarer Auftrag an als Frauen sortierte Menschen: Sie sollen am besten berufstätige Mütter sein. Angesichts des Geburtenrückgangs in Deutschland beschäftigen sich Politik und Öffentlichkeit immer wieder mit der Frage, warum Frauen, vor allem Akademikerinnen aus der Mittelschicht, denn keine Kinder mehr bekommen. Interessanterweise wird die Frage damit nicht an Männer als potentielle Väter gestellt, die auch in der Statistik von Geburten- oder Fruchtbarkeitsraten keine Rolle spielen. Auch in Sachen Pflege des Nachwuchses werden geschlechtsspezifische Ansprüche deutlich. Es wird oft behauptet, dass die Anwesenheit der Mutter für die gute Entwicklung des Kindes – insbesondere im ersten Jahr – eine ausschlaggebende Rolle besäße. Obwohl die Politik den Vater seit einigen Jahren mittels Anreizen verstärkt fordert (z.B. durch die Elterngeldregelung), gilt die Frau zumeist als Hauptverantwortliche für die Kinderziehung. Denn das, was eine Frau der stereotypen Vorstellung nach ausmacht, ist kaum zu trennen von Mutterschaft. Der Anspruch an Frauen, Kinder zu gebären und aufzuziehen, wird in ihr Wesen verlagert. Es gilt gemeinhin als natürlich, dass Frauen Mütter werden wollen, es gehöre zum Frau-Sein dazu. Die Metapher der biologischen Uhr, die tickt, spricht Bände über die Naturalisierung des weiblichen Kinderwunsches.

Als Frauen Sortierte und die Ansprüche des Kapitals

Die Übernahme der Reproduktionsaufgaben, heutzutage vor allem die Kinderbetreuung, bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft materielle Nachteile für diejenigen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft finanziell abhängig sind. Der Geldverdienst hängt davon ab, die eigene Arbeitskraft voll und ganz in den Dienst eines Unternehmens zu stellen. Für die Betreuung von Kindern braucht es aber viel Energie und Konzentration. Die beiden Ansprüche stehen sich also prinzipiell im Weg und führen zu dem, was allgemein als Vereinbarkeitsdebatte von Job und Familie bekannt ist: Eine 40-Stunden-Woche kommt sich in der Regel mit Kinderbetreuung in die Quere, weswegen Teilzeitmodelle attraktiv erscheinen und die Menschen, die Kinderbetreuung übernehmen, wirtschaftlich schlechter dastehen. Es sind meistens Frauen, die die Doppelbelastung tragen und dadurch monatlich weniger Lohn haben.

Dazu kommt, dass Unternehmen bei der Einstellung, Festlegung der Lohnhöhe und Beförderung von Arbeiter*innen genauestens begutachten, inwiefern diese jetzt und auf Dauer für sie verfügbar sind

– vor allem bei Berufen, die nicht unbegrenzt viele Menschen ohne lange Anlernzeit ausführen können.
Eine Auszeit vom Job und wiederkehrendes spontanes Ausfallen sind zwei Sachen, die mit Kinderverantwortung verbunden sind, und die Unternehmen abträglich finden. Sie müssen Ersatz für die Elternzeit einarbeiten und auch zukünftig sind Eltern weniger flexibel abrufbar. Das nehmen Unternehmen zum Anlass, lieber nicht potentiell Kinderverantwortliche einzustellen, ihnen weniger Lohn zu geben oder bei der Beförderung nicht zu berücksichtigen. Dies sind empirisch gesehen in der Regel Frauen. Auf dieser Grundlage pflegen die Unternehmen dann ein sexistisches Generalurteil: Jeder als Frau sortierten Person – ob sie will oder nicht – wird zugeschrieben, dass sie eine tickende Zeitbombe, also potentiell bald schwanger sei und dann die Hauptverantwortung der Erziehung übernehmen wird.[11] Die Unternehmen machen bei jeder Arbeitskraft eine Risikokalkulation und Nutzenabwägung. Hierbei rekurrieren sie auf eine sexistische Realität, in der vor allem Frauen mit Kinderverantwortlichkeit belegt sind und erachten sie dementsprechend als nicht als passend zu ihrem Maßstab der größtmöglichen Verwertbarkeit einer Arbeitskraft.
Kurz gesagt: Die Ansprüche der Unternehmen sowie dass alle Menschen gleichermaßen dem Nützlichkeitskriterium unterworfen werden, machen Kinderverantwortung zu einem wirtschaftlichen Nachteil. Durch das sexistische Generalurteil fällt dieser dann auf alle als Frauen Einsortierten zurück. Und sobald sich geringere ‚Frauenlöhne' in einer Branche einmal durchgesetzt haben – warum sollten die Unternehmen sie dann erhöhen?

Geschlecht und die Vereinbarkeitsfrage

Fast alle Parteien sehen die Schwierigkeit, Familie und Job zu vereinbaren, als problematisch an. Problematisiert wird zum Beispiel, dass darin das Prinzip der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verletzt sei. Durch Kinderbetreuungseinrichtungen etc. soll dafür gesorgt werden, dass mehr gleichberechtigt gearbeitet werden kann. Auch soll gegen die nachteiligen Folgen für die verschiedenen staatlichen Ansprüche vorgegangen werden: Entscheiden sich Menschen für Kind und gegen Karriere, liegt Humankapital brach oder wird zumindest nicht kontinuierlich genutzt; andersherum ist Geburtenrückgang ebenfalls unerwünscht.

11 In den spezifischen Verhandlungen über Arbeitsverträge und Gehaltsvorstellungen kann ein weiterer Sexismus von Personalabteilungen, im Sinne von abwertenden Bildern über Frauen und ihre Leistungsfähigkeit, eine Rolle spielen. Genauso wirken sich geschlechtliche Sozialisierungen und die sexistische Realität darauf aus, wer wie souverän in Lohnverhandlungen auftritt und welches Gehalt fordert. Historisch spielen auch sexistische Gewerkschaften, die nur Interessen der männlichen Arbeiterschaft vertraten, eine Rolle.

'Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern' lautet die Devise. Für als Frauen Sortierte bedeutet das, dass die Selbstverwirklichung im Job oder etwaige Karriere nicht auf Kosten des privaten Erfolges gehen darf. Andersherum darf sich die Sorge um die Kinder nicht negativ auf die Arbeitsleistung auswirken. Dafür soll auch der Mann als Vater in die Pflicht genommen werden. Dies wird in der Elternregelung deutlich, die längere Elterngeldzahlungen verspricht, wenn beide Eltern Erziehungszeit nehmen. Trotz dieses Anreizes zu einer partnerschaftliche(re)n Aufteilung der Erziehungszeit fördert es implizit die Verantwortlichkeit von Frauen für die Kindererziehung: Es wird anteilig am Einkommen berechnet, sodass sich rein materiell eher anbietet, dass das Elternteil mit dem geringeren Einkommen die längere Auszeit nimmt, im Regelfall nun mal die Frau.[12]

Geschlechtliche Sozialisation: Vom Zwangs-Anspruch und der Feindschaftsansage an ‚Abweichung'...

Um sich in dieser Gesellschaft einzufinden und Wertschätzung zu erfahren, liegt es mehr oder weniger nahe, die geschlechtlichen Rollenbilder zu realisieren und an ihnen festzuhalten – trotz aller inneren und äußeren Konflikte, die damit einhergehen (können). In diesem Text kann und soll hierauf nicht so ausführlich eingegangen werden, wie es dem Thema angemessen ist. Im Folgenden skizzieren wir lediglich einige Ansatzpunkte, wie das geschlechtliche Konform-Sein in gesellschaftliche Rahmenbedingungen eingegossen ist.

In der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft finden Sozialisation und Leben in lauter Abhängigkeitsbeziehungen und Zwangsverhältnissen statt, in denen Menschen auf die Anerkennung anderer teilweise existentiell angewiesen sind. Angefangen in der Eltern-Kind-Beziehung bzw. bei Sorge- und Erziehungsberechtigten, später in der Schule, in der Ausbildung, am Arbeitsplatz und beim Bewerben auf dem Arbeitsmarkt – bei aller Komplexität und Verschiedenheit sind dies Verhältnisse und Beziehungen, aus denen mensch sich nicht ohne drastische Sanktionen und Konsequenzen für das eigene Überleben verabschieden kann.

Innerhalb dieser Abhängigkeitsbeziehungen ist das Anerkannt-werden in der geschlechtlichen Sortierung oftmals ein zentraler Angelpunkt. Menschen wissen und erfahren, dass Abweichungen von geschlechtlichen Normvorstellungen oder Nicht-Einsortierbarkeit Gewalt in allen Formen nach sich ziehen kann, angefangen von komischen Blicken und Sprüchen über massive Gewalt bis hin zu

12 Zum Elterngeld und dessen impliziter Festschreibung von Frauen für die Kindererziehung ausführlich in einem Text aus der Gruppe la.ok: https://gegen-kapital-und-nation.org/mehr-kinder-%C3%A4hh-neue-m%C3%BCtter-braucht-das-deutsche-land/

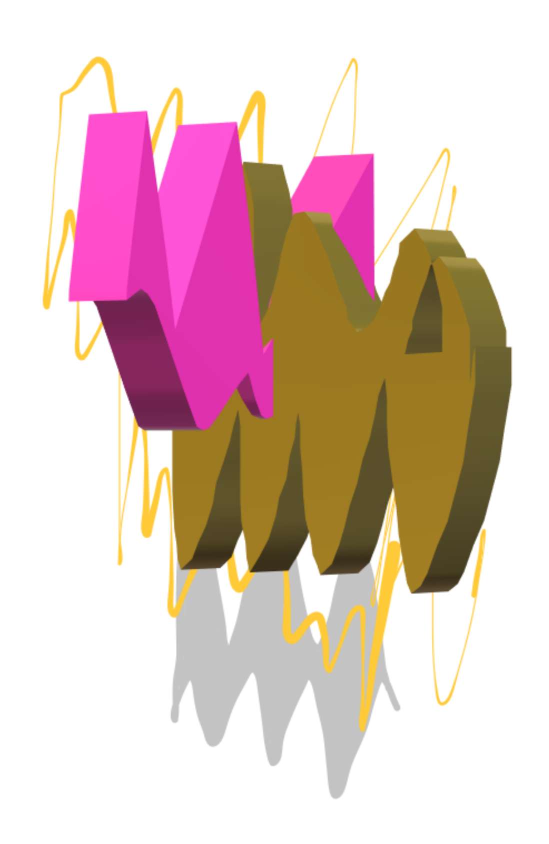
Mord. Besonders gender-nonkonformen Menschen ist schmerzlich bekannt, dass das Geschlechterverhältnis eine klare Feindschaftsansage an sogenannte Abweichungen ist – sei es, sich als Frau Sortierte nicht die Beine zu rasieren oder dem ‚männlichen' Anspruch auf Verfügbarkeit nicht nachzukommen, sich als Person ‚zu feminin' bzw. ‚zu maskulin' zu verhalten, nicht dem zugeordneten Geschlecht zu entsprechen, vermeintliche Geschlechtergrenzen infrage zu stellen usw.
Insofern möchten wir hier betonen, dass geschlechtliche Identifikation immer auf einer Grundlage von Zurichtung und Zwang basiert – auch wenn es sich für viele (vor allem Cis-Menschen) nicht so anfühlen mag.

...zur Cis-Identität – Geschlecht als Selbstverwirklichungsangebot und Härte gegen sich selbst

Ausgehend von diesem Zwangsanspruch soll der Fokus jetzt auf der anderen Seite der Medaille liegen, nämlich Geschlecht als Selbstverwirklichungsangebot – das von einer großen Mehrheit als absolut selbstverständlich begriffen wird. Eine Mehrzahl an Menschen hat sich ‚ihr Geschlecht' zur Identität gemacht und hält daran fest; teilweise so sehr, dass sie andere dafür angreifen, wenn diese es nicht tun. Sie finden also etwas gut an der Sortierung und den Inhalten von Mann und Frau und strengen sich an, dieses Ideal von sich selbst zu erfüllen.
Auch dieser Vorgang bedeutet eine brutale Härte gegen die eigene Person. Am Beispiel des weiblichen Geschlechtscharakters bedeutet diese Identifikation, einen Anteil von Emotionen wie Wut, Aggression, Egoismus… an sich abzuschneiden. Dies gilt andersherum genauso, wenn gesagt wird, ‚ein Junge weine nicht'. Das Verbot von bestimmten auftretenden und in vielen Situationen sehr angemessenen Emotionen und Reaktionen stellt eine brutale Zurichtung dar, in der ein Kind lernt, empfundene Sensibilitäten zu unterdrücken und sich abzugewöhnen.
In jedem Fall bedeutet es, mit Härte gegen sich vorzugehen und Eigenschaften und Verhaltensweisen nicht situativ anzupassen, sondern als grundlegenden Charakter an sich auszubilden. Damit ist zum Beispiel gemeint, nicht nur in stressigen Phasen, beim Kistenschleppen oder wenn mensch sich irgendwo verirrt hat, eigene Bedürfnisse und Angst zurückzustellen, sondern auf jede Situation mit diesem Set an Eigenschaften loszugehen. So werden die Ansprüche zur Identität. Das hat zur Folge, dass stereotyp gesprochen, ein ‚harter Typ' in emotionalen Situationen wirklich überhaupt nicht mehr weiß, wie damit umzugehen ist, oder eine weiblich sortierte Person, die sich empathisches Zu-

hören, verfügbar und verantwortlich sein draufgeschafft hat, erst mühsam wieder lernen muss, auf die eigenen Grenzen zu achten. Die geschlechtliche Sortierung, die daran hängenden Charaktere und Identitäten scheint vielen Menschen das natürlichste der Welt zu sein – das gilt dann auch für die entsprechende Arbeitsteilung.

Für den Bereich des Sozialen und Care bedeutet das: Die Arbeitsteilung hält sich, weil die meisten als Frauen Sortierten qua ihrer Sozialisation und ihrer geschlechtlichen Identität darauf verwiesen werden, dass sie darin gut seien. Sie werden mit der Erwartung konfrontiert, Care-Arbeiten auf dem Schirm zu haben, zu übernehmen und Kinder haben zu wollen – und die meisten als männlich Sortierten eben nicht. Dass die Art und Weise, wie Reproduktion und Kinder haben in dieser Gesellschaft organisiert ist, dauerhaftes Aufopfern und Durchstreichen eigener Bedürfnisse verlangt, erscheint in der idealisierten Fassung für Frauen nicht mehr als Härte und Herausforderung, sondern als Möglichkeit, sich dem eigenen Wesen entsprechend zu betätigen und selbst zu verwirklichen.



Mit der Vaterrolle werden in der Regel Erwartungen verbunden, die viel weniger Betreuungszeit des Kindes beinhalten. Väter werden nicht für ihre Kinder verantwortlich gemacht und schon für die kleinste Kinderpflege gelobt. Bei ihnen gibt es dieses Identitätsangebot tendenziell für die Lohnarbeit: sich als toller Hecht zu fühlen, wenn die Härten der Lohnarbeit als Ausweis der eigenen Männlichkeit gelten können.

Entsprechend braucht es keinen direkten Zwang, dass als Männer Sortierte im Durchschnitt eher diese oder jene Berufe ergreifen sollen oder dass Menschen Mutter oder Vater werden wollen – es ist so zur Identität geworden, dass sie sich danach sehnen und dadurch erfüllt fühlen. Dass Frauen Kinder bekommen und sich um sie sorgen sollen, erscheint dann als Erfüllung des tiefsten inneren Wesens; nicht als bevölkerungspolitischer Anspruch.

Zusammengefasst

Das Geschlechterverhältnis mit seiner geschlechtlichen Arbeitsteilung hält sich trotz aller Modernisierung hartnäckig.[13] Wie wir dargestellt haben, sind diese drei Faktoren dafür ausschlaggebend: die gesellschaftlich durchgesetzten Rollenbilder, die Bevölkerungspolitik und die Maßstäbe des Kapitals.

Wie kommt Geschlecht, die geschlechtliche Arbeitsteilung und Bevölkerungspolitik in der Care-Debatte vor?

Geschlecht wird nicht grundlegend kritisiert

Die Care-Bewegung betont immer wieder, dass vor allem Frauen für Sorgearbeiten verantwortlich gemacht werden und von den schlechten Bedingungen im Care-Sektor betroffen sind. Dabei wird meist lediglich benannt, dass es ausgerechnet diese Arbeitsteilung anhand von Geschlecht gibt. Teilweise wird es mit den herrschenden Geschlechterbildern in Verbindung gebracht, aber nicht ausgeführt oder erklärt (Trouble Everyday Collective 2014). In dem Buch „Equal Care- Über Fürsorge und Gesellschaft“ wird aufgemacht, dass sich durch eine andere Aufteilung der gesellschaftlich anfallenden Arbeiten das Geschlechterverhältnis auflösen könne.

Was in den Texten auffällig fehlt, ist eine grundlegende Kritik an Geschlecht und den Geschlechtsinhalten, wie wir sie in den vorherigen Abschnitten ausgeführt haben. Nur die Arbeitsteilung zu kritisieren, als wäre damit Geschlecht und die dadurch verursachten Leiden und Probleme aufgelöst, trifft das Problem nicht – denn es ist ja genau der Sinn der Kategorie Geschlecht, als Essentialisierung Menschen auf bestimmte Positionen festzulegen.

Bevölkerungspolitik kommt nicht vor

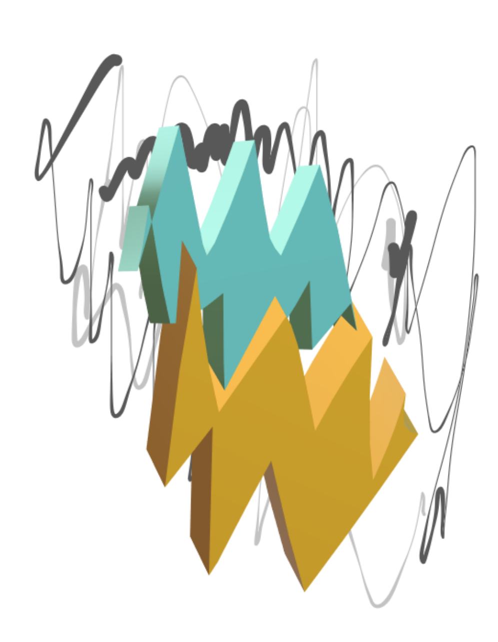
Analog zur Kritik am Fehlen dees Staats im vorigen Kapitel kommt in der Care-Bewegung auch die Bevölkerungspolitik und ihr Einfluss auf Care nicht vor. Das zeigt sich unter anderem in den Diskussionen um die Entstehung von Familienmodellen. Häufig wird sich auf das Ernährer-Modell der 1960er Jahre bezogen, bei dem der Ehemann einen Familienlohn verdiente, während die Hausfrau zuhause für den Haushalt und die Kinder verantwortlich war. Das Buch „Die Krise der sozialen Reproduktion“ stellt dazu die These auf, dass dieses Modell *„sehr effizient und kostensparend, sowohl*

13 Damit soll nicht gesagt sein, dass seine Funktionalität für den Kapitalismus auch die Ursache für die Existenz des Geschlechterverhältnisses sei oder es absichtlich für diesen Zweck installiert wurde.

für das Kapital, als auch für den Staat" (S. 31) gewesen sei. Demgegenüber meint Gabriele Winker, das Modell verlor an Bedeutung, da es *„für die Kapitalverwertung mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist – einem Familienlohn sowie hohen Sozialausgaben"* (Winker 2013).

Auch wenn die zwei Argumentationen genau gegensätzlich verlaufen (also die Existenz des Ernährer-Modells einmal als zu teuer und einmal als billiger bezeichnet wird), ist ihnen eines gemeinsam: Die Care-Debatte betrachtet das staatliche Interesse an Familie aus einer rein ökonomischen Perspektive. Der Staat sieht in der Familie jedoch nicht nur eine billige oder zu teure Reproduktionseinheit. Wie gezeigt werden sollte, geht es um viel mehr: Reproduktion muss einen bestimmten Standard erfüllen, die Familie soll funktionieren. Dabei leistet Geschlecht zum Beispiel, dass als Frauen Sortierte Aufgaben übernehmen, die sie ökonomisch schlechter stellen und dass sie auch tatsächlich geeignet sind, ein Kind so zu pflegen, zu erziehen und zu unterstützen, dass es den gesellschaftlichen Bedingungen gegenüber positiv eingestellt ist, aus sich heraus in dieser Gesellschaft etwas werden will und darüber die Gesellschaft insgesamt voranbringt.

Das heißt, es ist ein bestimmter Nutzen für dieses grundlegende bevölkerungspolitische Interesse, der den bürgerlich-kapitalistischen Staat die Zuschreibung an Geschlecht gut finden und fördern bzw. nicht gegen Geschlecht vorgehen lässt. Dass sich Menschen ihrer geschlechtlichen Sortierung und der daran anknüpfenden Rollen annehmen, sich mit ihrem Geschlecht identifizieren und hierüber auf ihr Umfeld beziehen, ist aus einer sittlich-moralischen Perspektive funktional für die kapitalistische Gesellschaft und den sie betreuenden bürgerlichen Staat.



4. Politische Forderungen der Care-Bewegung: Faire Verteilung und Anerkennung

Zum Abschluss möchten wir noch auf zwei politische Forderungen eingehen, die uns in der Care-Bewegung immer wieder auffallen. Gut zusammengefasst sind diese bei Schnerring und Verlan (2020: 40): *"Ohne die Anerkennung von Fürsorge als Arbeit, die angemessen honoriert werden muss, ohne diese Wertschätzung und ohne eine faire Verteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern und Generationen, kann es jedenfalls keine gesellschaftliche Gleichstellung geben".* Als Lösung vorgestellt wird also, alle anfallenden Sorgearbeiten in der Gesellschaft zwischen den Geschlechtern gleichmäßig bzw. gerecht aufzuteilen, womit auch ein Beitrag zur generellen Gleichstellung der Geschlechter und einer gerechte(re)n Welt geleistet wäre. Hierin steckt das Ideal eines potenziell harmonischen, kollektiven Arbeitszusammenhangs, in welchem es darum geht, dass alle Mitglieder mit möglichst wenig Arbeitsaufwand ein (einigermaßen) gutes Leben führen und alle gleichermaßen partizipieren können. Dies bleibt aus unserer Sicht ein Ideal und die politischen Forderungen sollen im Folgenden tiefergehend angeschaut werden.

Faire Verteilung von Sorgearbeit

Als konkrete Handlungspraxis, für WGs, Haushalte, Gruppen und andere freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen, ist eine andere, bedürfnisbezogene oder solidarische Verteilung von Sorgearbeiten auf verschiedene Leute eine super Sache. Sich dabei gegenseitig und insbesondere all diejenigen, die nicht cis-männlich sind, zu entlasten, macht einen konkreten Unterschied im Alltag und ist für Einzelpersonen direkt umsetzbar.

Nicht berührt wird dadurch jedoch die strukturelle prekäre Lage von Care-Arbeit. So werden alle immer wieder an die Grenze stoßen, dass für sie zu wenig Zeit und Geld vorhanden ist. Als gesellschaftlich-politische Lösung steht die faire Verteilung von Sorgearbeit im Widerspruch zum systemimmanenten Zweck der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft. Anders ausgedrückt: über die politische Forderung nach einer anderen Verteilung wird an diesem Gegensatz herummanövriert, während die Gründe für eben diesen Zustand weiter bestehen bleiben. Somit wird quasi gegen die eigentliche Struktur gearbeitet.

Der Text von Schnerring/Verlan nimmt an, dass über die Umverteilung eine gesellschaftliche Partizipation und Gleichstellung erreicht werden kann. Wenn die Sorgearbeit fair, also gleichermaßen, ver-

teilt wäre, dann könnten alle mehr am gesellschaftlichen Leben und in der Lohnarbeit partizipieren. Dieses würde jedoch noch lange nicht heißen, dass alle bekommen, was sie zum Leben brauchen. Die Entlastung von Sorgearbeit für den Lohnarbeitssektor bedeutet erst einmal nur, dass alle die gleichen Chancen haben, sich in der Konkurrenz ums Vorankommen zu bemühen. Eine womöglich andere geschlechtliche Verteilung ändert nichts daran, dass es genauso viele Gewinner*innen und vor allem Verlierer*innen in der Lohnarbeit gibt wie zuvor und und alle bisherigen Hierarchien mit ihren unterschiedlichen Einkommen weiter bestehen bleiben. Gleichstellung im Sinne davon, dass Posten anders besetzt werden, führt nicht zu einer generellen materiellen Besserstellung, sondern nur zu einer anderen Aufteilung, wer jeweils welchen Job macht oder danach zu streben befugt ist. Ergo: gleiches Partizipieren an einem miesen Spiel.

Anerkennung

Wenn Anerkennung für Fürsorgearbeit eingefordert wird, dann vor dem Hintergrund, dass diese schlecht wegkommt oder prekär ist. In der Forderung steckt die Annahme, dass sich die Bezahlung daran orientiert, ob eine Arbeit anerkannt wird. Anders gesagt, Lohn orientiere sich an der Wichtigkeit eines Jobs. Hiermit geht die Care-Bewegung einen Schulterschluss mit dieser Gesellschaft ein: Sie affimiert die Logik, dass wer was leiste, auch was verdient habe. Die Kehrseite dessen ist die Annahme, dass wer nicht leiste, eben nichts verdient habe. Diese Aussage würde von der Care-Bewegung ziemlich sicher nicht bejaht werden, aber sie wird indirekt mitgetragen. Aus der Feststellung über die prekäre Lage von Care-Arbeit wird die Schlussfolgerung gezogen, dass diese Arbeit extrem relevant ist, die Arbeiter*innen gute Leistung bringen und ihnen fälschlicherweise symbolische und materielle Anerkennung vorenthalten wird. Nicht in den Fokus genommen wird hingegen die inhumane und miese Logik, der sich die Menschen unterwerfen müssen. Dazu sei bemerkt, dass Anerkennung in bürgerlichen Gesellschaften am laufenden Meter eingefordert wird, vor allem im Care-Sektor. Dabei dient Anerkennung nicht selten als Ersatz für eine materielle Verbesserung. Das beste Beispiel dafür war das Klatschen für die Pfleger*innen in der Corona-Pandemie, ohne dass daran die geringsten Lohnerhöhungen, Entlastungen oder Änderungen im Pflegeschlüssel geknüpft waren.
Eine verbesserte materielle Vergütung von Sorgearbeit durch Unternehmen oder den Staat ist natürlich eine schöne Vorstellung. Hierbei mit den Kategorien angemessen und fair aufzuwarten, hat jedoch mehr als einen Haken. Alle wollen, dass es fair und angemessen zugeht. Was genau angemessen oder fair ist, füllen alle Seiten, zumal sie in einem Gegensatz zueinander stehen, aber ganz

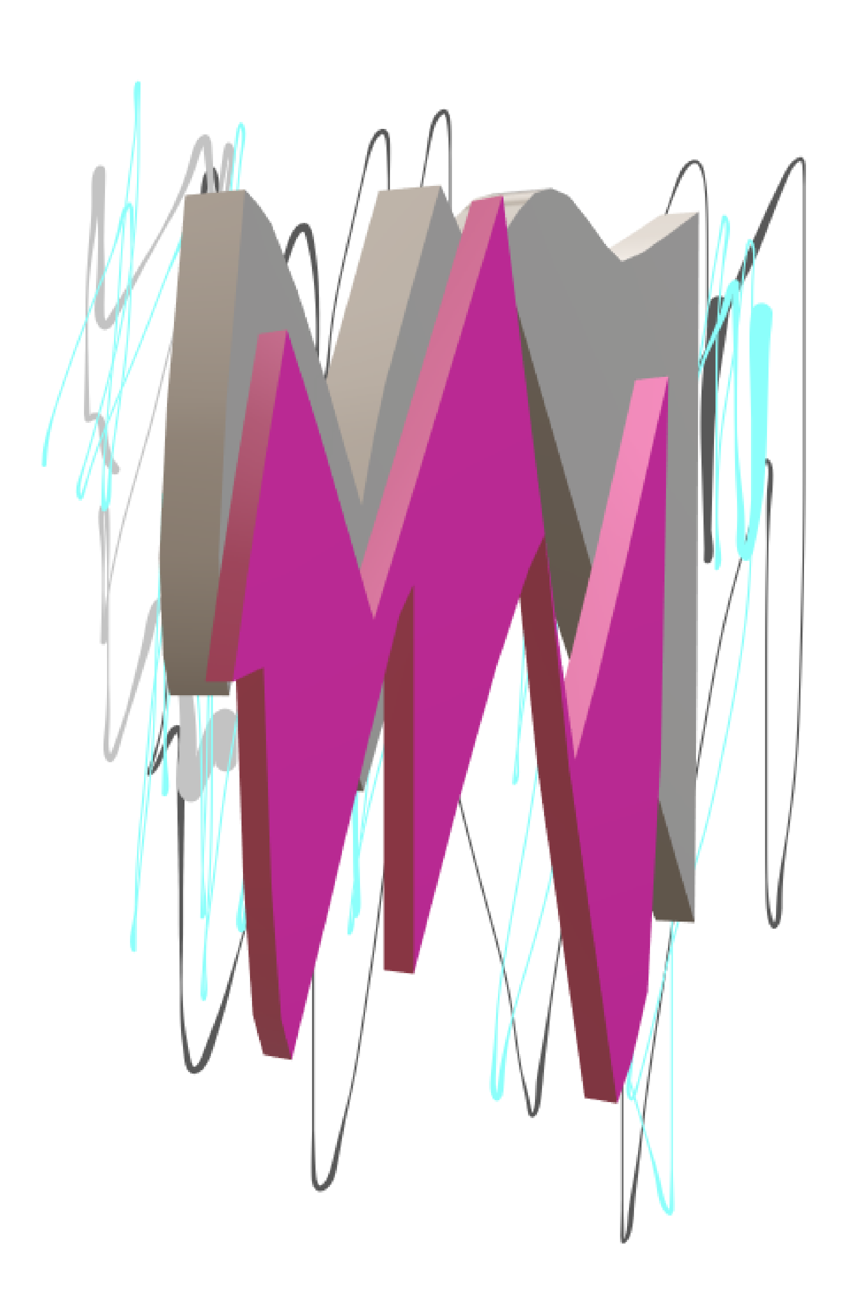
unterschiedlich: Beispielsweise findet es ein*e Arbeiter*in fair, wenn er*sie wegen der eigenen Leistung und Verantwortung für andere mehr Lohn bekommt. Ein Unternehmen hingegen findet es fair, nicht mehr Lohn zu bezahlen und begründet dieses mit der Konjunktur oder einem neuen Konkurrenten. Auch in der Aufteilung der Sorgearbeit in einer Familie können sicher beide Seiten etliche Gründe anführen, warum es fair ist, dass die eine Person mehr oder weniger dieser Arbeiten übernehmen sollte. Solche moralischen Kategorien dienen meistens nur als Überhöhung und Legitimation der eigenen Interessen: Ich habe so und so viel für diese Gesellschaft geleistet, sodass es unmittelbar einleuchten und dem Allgemeininteresse entsprechen muss, dass die eigenen Interessen Beachtung finden. Hierin steckt, dass das Interesse von Menschen und ihre subjektive Lage nicht ausreichen. Vielmehr wird die Forderung nach mehr Entlohnung oder besseren Arbeitsbedingungen über eine moralische oder gesellschaftliche Lage begründet: Es muss auch für das Allgemeinwohl fair und gut sein, wenn Personen mehr Lohn fordern. Das alleinige Interesse von Arbeiter*innen an einer Verbesserung ihrer Lage reicht nicht aus.

Die Forderung nach Gleichstellung und Anerkennung von Sorgearbeiten unterstellt, dass es nur an einer (geschlechter-)gerechten Verteilung und an genügend Wertschätzung mangele. Diese Gesellschaft ist in allen Institutionen entgegen dieser Maßstäbe aufgebaut und funktioniert nach einer komplett anderen Logik. Zu fordern, dass Arbeiten anders aufgeteilt werden, bedeutet ein Pflaster auf Symptome zu kleben, die durch genau die grundlegenden Logiken systematisch immer wieder neu verursacht werden. Die Anstrengungen arbeiten sich daran ab, dass Probleme abgemildert werden, die aber direkt aus der grundlegenden Struktur folgen.

5. Zum Schluss

Capitalism doesn’t care – die prekäre Rolle von Care-Arbeit wird sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht ändern. Der Staat schafft die Grundlage, mit der kapitalistisches Wirtschaften überhaupt erst möglich wird. Auch ist es der Staat mit seinem bevölkerungspolitischen Interesse, der Geschlecht und das Geschlechterverhältnis einrichtet und stabilisiert. Würde es den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus nicht mehr geben, wäre dem Geschlechterverhältnis eine fundamentale Grundlage entzogen. Gleichzeitig wäre Geschlecht damit nicht automatisch aus der Welt geschafft. Daher plädieren wir für eine grundlegende Kritik an Geschlecht und dem, was es an Folgen mit sich bringt.

Wir halten es nicht für sinnvoll, an die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft Ideale von Care-Arbeit oder Forderungen nach Anerkennung heranzutragen. Stattdessen wollen wir uns den systematischen Grund für die Härten erklären, von denen Menschen als vergeschlechtlichte Arbeitskräfte und Staatsbürger*innen betroffen sind – und das heißt: Staat, Kapitalismus und Geschlecht abschaffen.



Zitierte Texte

Care Revolution Netzwerk (2014): Resolution der Aktionskonferenz Care Revolution. Text abrufbar unter https://care-revolution.org/veroeffentlichungen/ (Zugriff am 7.1.2022)

Hausotter, J., & Wiesental, A. (2014). Care Revolution: eine Care-Bewegung tritt an, um die Lebensverhältnisse zu revolutionieren! *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, *23*(2), 125-128. Text abrufbar unter https://d-nb.info/1187063347/34 (Zugriff am 08.10.2024).

La.ok: „Mehr Kinder- ähh Neue Mütter- braucht das deutsche Land!". Über Bevölkerungspolitik und das Geschlechterverhältnis. Text abrufbar unter https://gegen-kapital-und-nation.org/mehr-kinder-%C3%A4hh-neue-m%C3%BCtter-braucht-das-deutsche-land/ (Zugriff am 08.10.2024).

trouble everyday collective (2014): Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien. Unrast Verlag.

Verlan, Sascha & Schnerring, Almut (2020): Equal Care- Über Fürsorge und Gesellschaft. Verbrecher Verlag.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Transcript Verlag.

Winker, Gabriele (2013): Zur Krise sozialer Reproduktion. In: Denknetz Jahrbuch 2013. Artikel abrufbar unter https://gabriele-winker.de/pdf/Krise_sozialer_Reproduktion.pdf (Zugriff am 08.10.2024).

